

Wenn nicht vieles täuscht, dann ist eine Neu-Auflage der Großen Koalition keineswegs ausgeschlossen: am besten, das versteht sich, unter der Führung eines Kanzlers Steinmeier. Angesichts der drohenden Katastrophe wäre dies nicht die schlechteste Lösung. Das sollten die Partner auch im Gewühl des Wahlkampfes niemals ganz aus dem Auge verlieren. Und sie müssen, das sind sie den Bürgern und der Lage schuldig, trotz aller Wahlängste und allen Wahlkollers, ihre Regierungsfähigkeit bis zur letzten Stunde aufrecht erhalten. Die »Krise« erlaubt keine Pause in der Kooperation.

Sie verrieten ihre besseren Einsichten, alle beide, wollten sie nun mit der nationalen Karte trumpfen. Sie wissen sehr wohl, dass dies eine Existenzprüfung für die Europäische Union ist – auf Gedeih und Verderb. Bilde sich nur keiner der Partner ein, er könne die eigene Haut ohne die anderen retten. Krugman zeichnete die Konsequenzen hart genug aus: ein neues Aufblühen der Nationalismen und eine

Hochkonjunktur für die antidemokratisch-radikalen Parteien. Bis zu einer dritten Selbsterfleischung des Kontinentes wäre es dann nur ein Schritt. Zum andern hält es der Amerikaner für möglich, dass uns der Schrecken der Alternative dazu ermutigen könnte – zumal Deutsche und Franzosen – die längst fälligen Entscheidungen für die Stärkung der Gemeinschaft und ihrer Währung zu treffen: durch die Entwicklung einer gemeinsamen Finanzpolitik, die den Namen verdient, durch die Installierung eines exekutiven Wirtschafts- und Währungsrates, schließlich die Ablösung der einzelstaatlichen Schuldverschreibungen durch eine EU-Anleihe, die von der Gesamtheit der Union gesichert würde. Dies könnte sozusagen das Glück im Unglück sein – und womöglich die einzige Chance, der Katastrophe zu entkommen. Was Paul Krugman angeht: Es wäre nicht das erste Mal, dass sich die Amerikaner als die besseren Europäer erwiesen. Nicht anders war es nach 1945.

Anke Hassel

Einbettung der globalen Ökonomie

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Weltwirtschaftsordnung

Die notwendige Neuordnung der Weltwirtschaft wird auch zu einer Wende in der bisher praktizierten Form der Liberalisierung führen. Die Globalisierung der Produkt- und Finanzmärkte wird an Fahrt verlieren.

Im Auge des Tornados wissen wir wenig darüber, wie lange die weltweite Wirtschaftskrise anhalten wird und wie tief die einzelnen Ökonomien in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir wissen weder, wie viele Arbeitsplätze vernichtet werden, wie stark sich die Regierungen verschulden werden und wie viel Wachstum vernichtet wird. Noch haben wir eine Ahnung davon, ob Regierungen nicht doch zu protektionistischen Maßnahmen greifen werden, die Un-



Anke Hassel

(* 1965) ist Professorin für Public Policy an der Hertie School of Governance in Berlin.

hassel@hertie-school.org

gleichgewichte in der Eurozone die Währungsunion bis an den Rand des Ausei-

inanderbrechens bringen und die osteuropäischen Nachbarn außerhalb der Eurozone nicht um 20 Jahre wirtschaftliche Entwicklung zurückgeworfen werden. Wir wissen auch nicht, ob es gelingen wird die Finanzmärkte zu regulieren, toxische Finanzprodukte von unseren Märkten zu verbannen, Anreizstrukturen für Manager zu verändern, Steueroasen zu schließen und das Geschäftsmodell der Hedgefonds einer kritischen Betrachtung zu unterwerfen.

Falsche Liberalisierung

Was wir jedoch wissen ist, dass im Kern der Finanzkrise ein Wendepunkt einer bestimmten Form der Liberalisierung der Weltwirtschaft erreicht wird, die in den letzten drei Jahrzehnten im zunehmenden Maße aus einer Abkoppelung von wirtschaftlicher und finanzieller Dynamik und sozialen Strukturen bestand, und zwar sowohl auf nationalstaatlicher wie auf globaler Ebene. Auf der Ebene der Nationalstaaten wurden Immobilienblasen als Lösungen für konjunkturelle Schwankungen verkauft. Die Vervielfachung der Immobilienpreise in Großbritannien in den letzten zehn Jahren hat ihr damaliger Schatzminister und heutiger Premierminister Gordon Brown als ein Ende des *boom and bust* angepriesen. In den USA wurden Kredite und damit die Geldmenge künstlich aufgebläht, um Konsumnachfrage zu erzeugen, ohne dass die realen Löhne der Mehrzahl der Beschäftigten stiegen. In vielen kleinen europäischen Ländern verschuldeten sich sowohl die privaten wie auch die öffentlichen Haushalte bei ausländischen Banken. Global wurde die strukturelle Verschuldung entwickelter Länder durch den massiven Handelsüberschuss Chinas und anderer Gläubigerländer finanziert. Während die Chinesen unter ihren Verhältnisse lebten, haben die Amerikaner sich sowohl ihren Lebensstandard als auch ihre internationalen militärischen Aktivitäten fremd finanzieren lassen.

Während diese regionalen und finanziellen Ungleichgewichte zurzeit weiter bestehen, wird es bei der Neuordnung der Weltwirtschaft durch die Finanzkrise um die Reduzierung dieser Ungleichgewichte und eine hoffentlich nicht zu harte Landung aller betroffenen Ökonomien und Währungsregimes gehen. Die dafür notwendigen Anpassungen von Wechselkursen und damit verbundenem relativen Wohlstand werden alle Länder treffen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die Gläubigerländer werden einen Teil ihrer Schulden abschreiben müssen, während die Schuldnerländer ihren Konsum einschränken müssen. Deutschland gehört dabei auf die Seite der Gläubiger, da es durch seine starke Exportorientierung und Außenhandelsüberschüsse die Verschuldung anderer mitfinanziert. Die Weltwirtschaft ist dabei mittlerweile so hochgradig integriert, dass auf den international offenen Märkten der Anpassungsprozess dort stattfindet, wo die Länder ihre Wettbewerbsstärken haben; in Deutschland ist es die Automobilindustrie, in Großbritannien der Bankensektor und in China die Massenproduktion von Textilien und Spielzeug. Die Beschwerden darüber, dass die Abwrackprämie ausländischen Fahrzeugherstellern zugute kommt oder der Versuch, über protektionistische Maßnahmen einheimische Arbeitsplätze zu schützen, sind daher eher kleinteilige und sehr kurz gedachte Formen, diese Anpassung leicht zu verzögern.

Allerdings ist es wahrscheinlich und im Sinne regionaler ökonomischer Gleichgewichte auch in begrenztem Maße wünschenswert, dass auch ohne massive protektionistische Maßnahmen sich das Ausmaß an globaler Arbeitsteilung wieder reduziert. Mit einem weltweit schrumpfenden Finanzsektor wird der verarbeitenden Industrie in den stark deindustrialisierten liberalen Ländern wieder eine größere Rolle zukommen. Die Industrieproduktion in China wird sich in Zukunft stärker auf den

Binnenmarkt und andere Schwellenländer und weniger auf Exporte in die USA ausrichten. Integrierte Wertschöpfungsketten globaler Unternehmen werden zwar weiterhin Standortvorteile weltweit ausnutzen, aber Währungsanpassungen und Währungsunsicherheiten könnten die Möglichkeit dieser *arbitrage* reduzieren. Technologischer Fortschritt hat in der Vergangenheit die Mobilität massiv erhöht; jedoch wird mit der zunehmenden Nutzung des Internets manche physische Mobilität unnötig. Kurz: die Globalisierung der Produkt- und Finanzmärkte wird an Fahrt verlieren, selbst wenn Regierungen nicht aktiv zu protektionistischen Maßnahmen greifen, sondern lediglich versuchen, ihre Standorte im Interesse der Beschäftigten zu stabilisieren. Gefährlich und schädlich wäre dieser Prozess erst dann, wenn er sich systematisch und diskriminierend auf die Entwicklungschancen der weniger entwickelten Länder auswirkte. Die regionalen Verteilungseffekte der Finanzkrise sind jedoch noch völlig offen.

Hin zur globalen Neuordnung

Im Zuge des anstehenden weltwirtschaftlichen Balanceakts wird die größte Herausforderung darin bestehen, das Streben nach nationalstaatlicher Krisenbewältigung im Interesse der nationalen Beschäftigung einerseits und die Auswirkungen des Abbaus globaler Ungleichgewichte andererseits auszutarieren. Um Industrie- und Finanzstandorte langfristig zu schützen, verfügen alle Regierungen über einen politischen Instrumentenkasten, dessen Anwendung einer koordinierten Antwort auf die Krise tendenziell entgegenwirkt. Die Regierungen stark konsumabhängiger Ökonomien betonen die Nachfrageseite stärker als die Regierungen von stark exportorientierten Industrien, die sich direkt industriepolitisch engagieren. Die Auswirkungen dieser Interessenunterschiede sieht man bereits

am Unvermögen der europäischen Regierungen, sich auf ein umfassend koordiniertes Vorgehen zu einigen. Einerseits würde es den nationalen Regierungen die Hände für die eigene Konjunkturpolitik zu stark binden und ihren Interessen nicht vollständig entsprechen. Andererseits müsste im Interesse einer weiter offenen globalen Ökonomie auch die EU als Ganzes stärker strategische Antworten auf die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone wie auch in Osteuropa suchen.

Es gibt aus diesem Dilemma keinen Königsweg außer demjenigen, dass man das Problem erkennt und die nationalstaatlichen Einzelinteressen als prinzipiell legitime Bestandteile eines europäisch und global koordinierten Vorgehens akzeptiert. In Anbetracht des erheblich größeren politischen und ökonomischen Sachverstands in den nationalen Ministerien sowie einer Reihe internationaler Organisationen als noch zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise sollte es möglich sein, die relativen Kosten- und Nutzenanteile nationalstaatlicher Beiträge zur Krisenbewältigung zu bewerten und in die Gipfelgespräche der G20 oder G21 einzubringen, ohne auf nationale Ressentiments oder Vorwürfe der Unfähigkeit und Untätigkeit zurückgreifen zu müssen.

In der Sache selbst bleibt zu hoffen, dass die Krise eine Wende hin zu einer stärker balancierten globalen Wirtschaftsordnung einleitet. Bretton Woods war das Sinnbild eines in den Worten von John Ruggie »eingebetteten Liberalismus«, bei dem die durch die große Depression und zwei Weltkriege hinreichend geprägten Regierungen einen Ausgleich zwischen der notwendigen wirtschaftlichen Stabilität nationaler Ökonomien und dem wirtschaftlichen Fortschritt durch einen geregelten, aber im Grundsatz freien Handel und Finanzverkehr suchten und fanden. Insofern stimmt die oftmals erwähnte Analogie der Suche nach einem »Neuen Bretton Woods«. Substanziell werden die Lösungen aufgrund der neuen Wirtschafts-

mächte und Neuentwicklung der Finanzmärkte und -technologien ganz anders aussehen. Neue wirtschaftliche Verhältnisse erfordern neue Formen der »Einbettung« in soziale und politische Strukturen.

Sie wird nicht von alleine entstehen, aber das grundsätzliche Interesse an einer stärkeren Einbettung der globalen Ökonomie sollte in allen Regierungszentralen größer sein als ihr Scheitern.

Karl Kauermann/Philipp Fink

Welche nachhaltigen Lösungen für die Finanz- und Wirtschaftskrise gibt es?

Einige Beobachter halten ausschließlich die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 für den Auslöser der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Doch diese Betrachtungsweise übersieht, dass die eigentlichen Ursachen weiter zurück liegen. Zur Bewältigung ist nun ein neuer ordnungspolitischer Rahmen vonnöten, auch international.

Karl Kauermann

(* 1946) war bis Anfang 2006 Vorstandsvorsitzender der Berliner Volksbank und ist Sprecher des Managerkreises der FES.



Philipp Fink

(* 1974) ist Referent für Industrie- und Energiepolitik in der Stabsabteilung der FES.



philipp.fink@fes.de

Die Finanzmarktkrise nahm ihren unheilvollen Ausgang in den USA. Dort wurden politische Ziele eindeutig über die Integrität der Märkte gestellt. Dabei hat der amerikanische Staat nicht nur bei der zielorientierten Regulierung der Kapitalmärkte versagt, sondern Aufsicht und Kontrolle wurden explizit politischen Erwägungen untergeordnet.

Die politischen Vorgaben sahen vor, dass jede amerikanische Familie in ihrem

eigenen Haus wohnen sollte. Entsprechend wurden die beiden quasi-staatlichen Hypothekenagenturen, *Freddie Mac* und *Fannie Mae*, aufgefordert, ihre Vergabestandards herabzusetzen. Es entstand der *Subprime*-Markt und das Volumen an Hypotheken nahm drastisch zu. Allein zwischen 2005 und 2006 wurden in den USA Hypotheken in Höhe von ca. 5.000 Milliarden US-Dollar vergeben. Entsprechend stark wuchs die Immobiliennachfrage.

Die starke Wertsteigerung der Immobilien und ihr Status als halbstaatliche Institutionen ermöglichten den amerikanischen Immobilienfinanzierern bestmögliche Bonitätsbewertungen durch die *Rating*-Agenturen. Damit konnten beide Finanzinstitutionen ihre Anleihen auf den Kapitalmärkten leicht platzieren. Entsprechend günstig konnten die Agenturen ihre vergebenen Hypotheken verbrieften.

Mit der massiven Ausweitung der Hypothekenvergabe und ihrer Verbriefung entstand ein staatlich gestütztes Schneeballsystem, das auf der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer und der unterstellten Wertsteigerung der Immobilien basierte. Dieses System geriet letztlich in Schieflage, als die Zinsen wegen der Inflationsgefahr

erhöht wurden. Damit konnten zum einen die zinsvariablen Hypotheken von den Kreditnehmern nicht mehr bedient werden. Zum anderen stiegen die Kosten der Refinanzierung an den internationalen Finanzmärkten.

Auf allen Ebenen der staatlichen Regulierung und der Finanzindustrie fand eine folgenreiche Fehleinschätzung der Risiken der verbrieften Papiere statt. Dieses Versagen setzte einen Dominoeffekt in Gang, der unter anderem auch zur Insolvenz von *Lehman Brothers* führte.

Qualität der Kontrollen verbessern

Doch die Finanzaufsicht war nicht wegen fehlender Kontrolle wirkungslos, sondern wegen einer falschen. Dies ist zum Großteil auch das Ergebnis politischer Einflussnahme, die falsche Impulse gesetzt und negative Entwicklungen verstärkt hat. Das zentrale Problem liegt in der Identifikation und Steuerung von Risiken. Selbst wenn ausgefeilte quantitative Bewertungssysteme vorhanden waren, wurde die qualitative Bewertungslogik häufig vernachlässigt.

Wie das Beispiel der deutschen Allfinanzaufsicht *BaFin* zeigt, ist kontrolliert worden. Kein Instrument oder Produkt darf auf dem deutschen Finanzmarkt gehandelt werden, ohne dass es zuvor von der zuständigen Behörde geprüft worden wäre. Doch ähnlich wie die betroffenen Finanzinstitute haben sich die staatlichen Prüfer bei einigen komplexen Produkten auf die Bewertungsmethoden, Einstufungen und Einschätzungen der *Rating*-Agenturen verlassen.

Die Diskussion um eine Verschärfung der Finanzaufsicht greift zu kurz, wenn sie sich nur auf die Ausweitung der Prüfung fokussiert. Entscheidend ist eine Verbesserung der Kontrolle durch mehr Qualität. Denn je mehr Informationen über die Risiken eines Instruments bekannt sind, des-

to höher ist die Transparenz und schließlich das Vertrauen der Marktteilnehmer untereinander.

Die Rückkehr der Politik

Doch auch der Vertrauensverlust der Menschen in ihr Wirtschaftssystem muss bekämpft werden, um die Entstehung einer Legitimationskrise der Marktwirtschaft zu verhindern. Denn je länger die Wirtschafts- und Finanzkrise anhält, desto mehr steigt die Gefahr, dass diese Vertrauenskrise sich zu einer Krise des politischen Systems entwickelt. Nach Jahren der Deregulierung ist nun die Politik gefordert, den ordnungspolitischen Rahmen neu zu setzen, um das freie Spiel der Marktkräfte zum Nutzen der Allgemeinheit zu lenken.

Zwar sind die von der Bundesregierung verabschiedeten Konjunkturpakete und die Schaffung des *Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)* Schritte in die richtige Richtung, doch sind kurz- und langfristig wichtige Nachbesserungen nötig:

Erstens: Kapitalversorgung wiederherstellen. Vordringlichste Aufgabe ist es nach wie vor, die Wirtschaft mit ausreichend Kapital zu versorgen. Dies setzt die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Interbankenhandels voraus. Als wichtigstes Element gilt hierbei die Wiedergewinnung des Vertrauens zwischen den Finanzmarktakteuren.

Der Kapitalhandel auf den Interbankenmärkten könnte in der Zukunft durch die Einrichtung einer Clearingstelle bei der Bundesbank gesichert werden. Eine solche Einrichtung könnte es den Banken erlauben, insbesondere kurzfristige Kredite mit kalkulierbaren Risiken über die Bundesbank zu handeln. Des Weiteren sollten die Eigenkapitalhilfen sowie die Garantien der *SoFFin* für die Liquiditätsinanspruchnahme der betroffenen Institute in Einzelfällen über die gesetzlich festgelegten 36 Monate hinaus ausgedehnt werden können.

Eine *Bad Bank*, die verseuchte Risikoaktiva ohne Mitverantwortung der ursprünglichen Eigentümer auf Kosten des Bundes herauskauft, ist abzulehnen. Doch sollten Restrukturierungseinheiten für alle betroffenen Institute mit Hilfe der *SoFFin* geschaffen werden. Ob jeweils als Bank oder z.B. durch Auslagerung von *Assets* in Zweckgesellschaften ist im Einzelfall zu entscheiden. In jedem Fall darf der Alteigentümer nicht aus der Verantwortung entlassen werden.

Zweitens: Entscheidungshorizonte erweitern und Haftung verbessern. Einer der entscheidendsten Faktoren, die zur Entstehung und weiteren Entwicklung der Spekulationsblase beigetragen haben, waren die falsch gesetzten Gehaltssysteme. Diese haben die Renditejagd und sehr kurzfristige Betrachtungs- und Entscheidungshorizonte begünstigt.

Inzwischen liegen vernünftige Vorschläge von Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier vor, wie die Managementgehälter und Haftungsfragen per Gesetz geregelt werden können. Auch die juristische Aufarbeitung der Finanzmarktkrise hat begonnen. Doch jenseits der Fragen nach Schuld und Sühne sollte eine Debatte über die grundsätzlichen Bewertungsgrundlagen von Firmen geführt werden. Wie können langfristige Perspektiven bei der Bewertung von Unternehmen stärker berücksichtigt werden? Wie kann der Markt soziales Kapital honorieren? Wie können Nachhaltigkeitsaspekte in die Gewinn- und Verlustrechnung integriert werden?

Drittens: Neuregulierung und Restrukturierung des Kapitalmarkts. Richtigerweise werden die Ausweitung der Eigenkapitalquoten und *Leverage*-Ratios gefordert. Auch muss gegen Steueroasen vorgegangen werden und bestimmte Akteure wie Hedgefonds gilt es, verstärkt zu überwachen. Doch die Aufsicht muss nicht nur finanziell und rechtlich sondern auch qualitativ in die Lage versetzt werden, eine dy-

namische und vor allem unabhängige Kontrolle vornehmen zu können.

Die ersten Analysen der Finanz- und Wirtschaftskrise für den deutschen Bankensektor zeigen einen dringenden Handlungsbedarf bei den Landesbanken. Angesichts des immensen finanziellen Schadens ist eine umfassende Reform des öffentlichen Bankensektors auf Landesbankebene dringend erforderlich. Dabei sind Zusammenlegungen von Instituten dringend.

Viertens: Internationale Koordination und Kooperation. Zwar versuchen die Industriestaaten mit umfangreichen konjunkturellen Stützungsmaßnahmen ihren Wirtschaften zu helfen. Doch geschieht dies in der Regel ohne internationale Koordinierung. Die Wirkung der Konjunkturpakete der einzelnen Staaten droht somit zu verpuffen. Im Fall der EU kommt man schnell zu der traurigen Feststellung, dass die europäische Idee bei der Krisenbewältigung bisher von nationalstaatlichen Interessen überdeckt wurde. Ebenso wird nur ein gemeinsames Vorgehen im Rahmen des laufenden G20-Prozesses bei der Verbesserung der Finanzmarktregulierung Erfolg versprechend sein. Denn internationale Probleme erfordern eine internationale Antwort.

Kein Missmanagement finanzieren

Die beschlossenen Konjunkturpakete der Bundesregierung versuchen den Doppelschock auf die deutsche Wirtschaft in Form von Liquiditätsengpässen und dem Nachfragerückgang auszugleichen. Zwar ist der Druck auf die Politik sehr groß, die in Not geratenen Unternehmen zu unterstützen. Doch muss die Antwort vorsichtig formuliert werden, da die einsetzende Rezession strukturelle Probleme einzelner Firmen offenlegen wird, die mit der Finanzkrise nichts zu tun haben. Die Hilfen dürfen nicht den Marktaustritt von Unternehmen



verzögern, die wegen einer falschen Geschäftspolitik bzw. durch den Strukturwandel nicht auf dem Markt weiter hätten bestehen können.

Denn die Wirtschaft durchlebt immer wieder Phasen der Innovation und der Stagnation. Das ist ein notwendiger evolutionärer Mechanismus, der regulativ in das Wirtschaftsgeschehen eingreift. Es gehört zu dem Erfolg der Marktwirtschaft, dass Systeme, Institutionen und Organisationen ersetzt werden, wenn sie nicht mehr funktionieren. Andere Anbieter, die bessere Dienstleistungen und Produkte anbieten können, nehmen ihren Platz ein. Der Staat darf nicht zum Dauerfinanzierer von Missmanagement werden und dabei glauben, die Marktfunktionen besser ausführen oder gar völlig ersetzen zu können.

Soziale Demokratie stärken

Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass die Politik das Zepher wieder in die Hand nehmen muss. Doch dürfen die ge-

planten Milliardenausgaben nicht auf die bloße Wiederherstellung des Status Quo zielen. Damit würde die Chance vertan, langfristig die soziale und ökologische Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft voranzubringen. Denn trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise bleiben die Probleme der Ressourcenverknappung und des menscheitsgefährdenden Klimawandels bestehen.

Deshalb müssen die Lösungsansätze für die Bewältigung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise auf eine Stärkung der Sozialen Demokratie abzielen. Dieses gesellschaftspolitische Konzept bietet die Möglichkeit, die künftigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen anzunehmen und in Zukunftschancen für jedermann umzuwandeln. Gerade die Sozialdemokratie kann sich in diesen turbulenten Zeiten als besonders glaubwürdiger Krisenmanager anbieten. Denn sie verfügt über die richtigen Rezepte und die Führungskräfte, um überzeugende Lösungen auf nationaler und internationaler Ebene zu formulieren.

Rudolf Walther

Selbstmörderische Selbstreferenz

Rudolf Walther

(* 1944) ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt/M.

rudolf.walther@t-online.de



Angeichts der weltweiten Krise, die mit der Finanzkrise begann und nun die ganze Wirtschaft erfasst, hat sich auch die Volkswirtschaftslehre blamiert. Sie kaprizierte sich in den letzten zwanzig Jahren fast ausschließlich auf immer kompliziertere mathematische Modelle. Diese und die daraus abgeleiteten volkswirtschaftlichen Maximen und Prognosen präsentierten sich scheinbar politikfrei im Gewand quasi-naturnotwendiger Notwendigkeiten als »wirtschaftliche Vernunft«. Eine »Vernunft« von sehr beschränkter Haltbarkeit, wie sich nun im Weltmaßstab herausstellt.

Politikfern bzw. entpolitisiert kommt auch Niklas Luhmanns Systemtheorie daher. Diese macht aus den funktional differenzierten Teilsystemen der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und des Rechts gleichsam »automatische Subjekte«, die fast völlig unabhängig voneinander und angeblich nach je eigenen Systemlogiken agieren. »Jedes System tut, was es tut.« Mit dieser Tautologie konstruiert Luhmann seine Theorie gesellschaftlicher Prozesse als Analogie von Naturprozessen.

Jedes System hat nach Luhmann die Fähigkeit, die Elemente, aus denen es besteht, autonom zu produzieren und zu reproduzieren. Die Selbsterhaltung und Selbststeuerung ist absolut. Der Versuch, Systeme von außen zu beeinflussen, bleibt entweder unwirksam oder zerstört das System. Zwar sieht Luhmanns Theorie auch eine »strukturelle Kopplung« vor – zum

Beispiel des Systems Politik mit dem System Wirtschaft –, aber diese Kopplung ist nur ein punktuell Ereignis, das in dem Moment verschwindet, in dem es entsteht.

Jedes System hat seine spezifischen Steuerungsmedien bzw. Codes. Der Code des Teilsystems Wissenschaft ist die Unterscheidung von wahr und unwahr. Würde man mit dem Steuerungsmedium Geld aus dem Teilsystem Wirtschaft im System Wissenschaft operieren, würde man dieses ebenso zerstören wie mit der Einführung von Geld in das Teilsystem Liebe, das dadurch zum Teilsystem Prostitution/Wirtschaft geriete. Soweit die Theorie, die vordergründig durch Eleganz und Plausibilität besticht.

Systemtheorie auf dem Prüfstand

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise belegt die sehr beschränkte Reichweite von Luhmanns ingenieuschem System von Legobausteinen aus ein paar Dutzend multifunktional einsetzbaren Begriffen. Die Theorie sollte »der Erfassung und Reduktion von Weltkomplexität« dienen. Die Begriffe gleichen allerdings eher dem, was Luhmann über Werte gesagt hat: Es sind »Ballons zum Aufblasen besonders bei Festlichkeiten« und selbstgenügsamer Pirouettendreherei im akademischen, gegen die Wirklichkeit abgedichteten Arkadium.

Das reale Teilsystem Wirtschaft ist momentan nicht mit der Selbsterhaltung und Selbststeuerung beschäftigt, sondern mit der tendenziellen Selbstzerstörung und der Suche nach Hilfe bei »Vater Staat« (FAZ), was unter dem herrschenden Neoliberalismus noch bis gestern als Sakrileg galt. Halbe Bibliotheken systemtheoretischer

Literatur erweisen sich angesichts der Finanzkrise nach der Ansicht des scharfsinnigen Juristen Peter Derleder als »Makulatur«, wie die folgende Sentenz von Luhmann belegt: »Jedes Funktionssystem kann nur die eigene Funktion erfüllen. Keines kann im Notfalle auch nur kontinuierend-ergänzend für ein anderes einspringen. Die Wissenschaft kann im Falle einer Regierungskrise nicht mit Wahrheiten aushelfen. Die Politik hat keine Möglichkeiten, den Erfolg der Wirtschaft zu bewerkstelligen, so sehr sie politisch davon abhängen mag und so sehr sie so tut, als ob sie es könnte«.

Bei Luhmann selbst wie bei Legionen von Luhmännern aller intellektuellen Kaliber ist nicht vorgesehen, was tatsächlich passiert – dass staatliche Notenbanken mit unvorstellbar hohen Milliardenbeträgen das angeblich sich selbst erhaltende und steuernde Teilsystem Wirtschaft stützen, damit es nicht zusammenbricht. Im Blick auf die Realität wirken die Dogmen der Systemtheorie momentan wie eine mittelmäßige Parodie auf die aktuelle Krise: »Die Politik kann die Wirtschaft bestenfalls in der Weise beeinflussen, dass sie ihr Geld entzieht« (Detlev Horster). Tatsächlich läuft es genau umgekehrt: Jetzt muss der Staat den Zockern von Privat- und Landesbanken mit Milliardenkrediten aus der Patsche helfen und ihre Institute vor dem Zusammenbruch schützen. Dadurch steigt die Staatsschuld, »der einzige Teil des so genannten Nationalreichtums, der wirklich in den Gesamtbesitz der modernen Völker eingeht« (Marx 1867). Wie eh und je in Krisen werden private Verluste und privates Versagen sozialisiert.

Um die Autonomie und Selbststeuerung der Teilsysteme zu belegen, verwiesen systemtheoretisch orientierte Analytiker gern auf das Versagen zentraler Steuerungssysteme in den kommunistischen Diktaturen. Der Hinweis geht daneben, denn die kommunistischen Diktaturen sind nicht an staatlichen Steuerungsversuchen

zusammengebrochen, sondern daran, dass die politischen Eingriffe und Steuerungsversuche ineffizient, irrational, korrupt und ohne jede demokratische Legitimation waren.

Automatische Subjekte

Dass Luhmanns Theorie nicht begreift, was real vor sich geht, liegt daran, dass ihre Teilsysteme funktionieren sollen wie »automatische Subjekte« (Marx). Luhmann übernahm dafür den Begriff »Autopoiesis« (»Selbstschaffung«) aus der Neurobiologie. Der Begriff »automatisches Subjekt« hatte bei Marx allerdings eine kritische Funktion, denn er hielt die Vorstellung, wonach ökonomische Werte die »okkulte Qualität« (Marx) besitzen, durch Selbstverwertung Mehrwert zu schaffen, für eine Fiktion. »Autopoiesis« ist – außerhalb der Neurobiologie – auch nur eine Fiktion oder – mit Luhmanns Worten – »ein Begriffsspiel, das an sich selbst Halt sucht«. Das klappte schon beim Baron von Münchhausen nicht richtig.

Diese Feststellung zielt nicht darauf ab, Niklas Luhmanns Theorie für die Konjunktur und das Fiasko des Neoliberalismus verantwortlich zu machen. Hinzuweisen ist lediglich auf eine methodische Affinität zwischen systemtheoretischem Denken und dem neoliberalen Glauben an eine Selbststeuerung der Wirtschaft durch den Markt. Auch auf Adam Smith und seine Vorstellung von der »unsichtbaren Hand«, die den Markt steuern soll, beruft sich der heutige Neoliberalismus zu Unrecht. »Das einfache System der natürlichen Freiheit«, auf das Smith vertraut, beruht nicht auf rohem Egoismus und funktioniert nicht automatisch, sondern ist politisch-moralisch zurückgebunden an »die Gesetze der Gerechtigkeit«, wie Smith an gleicher Stelle hinzufügt und was die neoliberalen Apologeten notorisch ausblenden, wenn sie sich auf ihn berufen.

Karsten Rudolph

»Wer weiter geht wird erschossen«

Mit Waldemar Pabst gegen die deutsche Sozialdemokratie

Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

karsten.rudolph@landtag.nrw.de



In die Revolutionsforschung kommt wieder Bewegung. Gehörte vor 30 oder 20 Jahren eine Lehrveranstaltung zur »Novemberrevolution« oder zur »Revolution 1918/19« in jedes gute Vorlesungsverzeichnis einer Geschichtsfakultät, so erschien das Interesse an diesem Thema allmählich zu erlöschen, seitdem es zu einem der »best-erforschten Abschnitte der neueren deutschen Geschichte« (*Reinhard Rürup*) zählt. Mit dem Untergang der DDR-Historiografie löste sich der Streit um den Charakter der Revolution ebenfalls auf und in jedem guten Überblick über die Geschichte der Weimarer Republik wird uns der Übergang vom Deutschen Kaiserreich zur ersten deutschen Demokratie als eine steckengebliebene Revolution geschildert, die nicht so weit reichte, als dass sie die neue Republik ausreichend gegen ihre Feinde von rechts fundierte, deren Triebkräfte freilich aber auch an einige unüberwindbare Grenzen stießen. In anderen Worten: Der Mainstream der Forschung gelangte zu einem kaum mehr in Frage gestellten, abwägenden Urteil über eine einstmals höchst umstrittene Epochenwende in der deutschen Geschichte.

Dass nun doch wieder dazu aufgerufen wird, in die revolutionäre Truhe der roten

Fahnen zu greifen, sich historische Masken aufzusetzen und noch einmal Revolution zu spielen, liegt an einem Buch des Sozialwissenschaftlers, Drehbuchautoren und Regisseurs Klaus Gietinger, der sich dem Ziel verschrieben hat nachzuweisen, diese Revolution sei im Zusammenspiel zwischen hohen Militärs und der mehrheitssozialdemokratischen Revolutionsregierung hinterrücks erdolcht worden. Diese Dolchstoßlegende von links wird in seinem neuen Buch wieder aufgefrischt, das von dem Mann handelt, der den Auftrag zum Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gab – vom Hauptmann Waldemar Pabst.

Karl Heinz Roth von der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts setzt dem Leser in einem Vorwort diejenigen Scheuklappen auf, die Gietinger in seiner Biografie immer wieder zurecht und fest rückt, womit er eine an sich beachtliche Forschungsleistung geradezu ad absurdum führt. Die Geschichte geht so: Die nicht genauer begründeten Anliegen und unbenannten politischen Ziele einer naturwüchsigen, revolutionären Linken in Deutschland, die eine sozialistisch-räte-demokratische Gesellschaft aufbauen wollen, werden durch ein Terror-Bündnis zwischen konterrevolutionären Truppen und den »Arbeiterbürokratien des »Burgfriedens« niedergeworfen, womit bereits die Vorarbeit für die Aufrichtung einer faschistischen Diktatur geleistet ist, die sich in ihrer System- und Kriegsphase nicht etwa (wie ein Großteil der internationalen NS-Forschung meint), polykratisch chaotisiert, sondern als besonders flexibel und effizient erwiesen hat. Der von Pabst im

Auftrag Noskes im März 1919 erlassene Schießbefehl muss sich in einem solchen Geschichtsbild der ganz langen Linien denn auch gleich als Blaupause für Hitlers Kommissarbefehl vom Juni 1941 interpretieren lassen. Was sonst?

Alle, die dies nicht sogleich einsehen wollen, insbesondere aber den »Historikern der Sozialdemokratie«, wird ein Weg zur Erlösung und Befreiung aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit aufgezeigt: Um dem von der SPD begründeten »Vernichtungswillen« gegenüber den rebellierenden Unterklassen abzuschwören, bleibe ihnen – so Roth – gar nichts anderes mehr übrig, als endlich zuzugeben, dass die SPD seit 1914 in ihre rechtsextremistische Phase getreten sei – wobei offen bleibt, wann diese ihr Ende gefunden habe. Diese Historiker müssten weiter die Umbenennung der Friedrich-Ebert-Stiftung fordern (ein anderer Namensvorschlag wird nicht gemacht) und sich – Strafe muss sein! – vorbehaltlos für die Wiedererrichtung des Luxemburg-Denkmal in Berlin einsetzen.

Auch Gietinger insinuiert, dass Gustav Noske (und nicht Bebel) der Urvater der deutschen Sozialdemokratie gewesen sei, zumal Pabst mehrfach behauptete, durch ein Telefonat mit dem Volksbeauftragten zum Doppelmord an Luxemburg und Liebknecht ermächtigt worden zu sein. Immerhin wird von ihm nicht gänzlich unterschlagen, dass die Kritik an der Gewaltpolitik Noskes weder sozialdemokratischen Zeitgenossen noch den stets aufs Neue in und zwischen den Zeilen gescholtenen Historikern der Sozialdemokratie fremd war, dass Noske nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch in den eigenen Reihen ein Geächteter war – und nach 1945 blieb. Die vermeintlich uneinsichtigen »Historiker der Sozialdemokratie« haben darüber hinaus keineswegs die gegen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Winter 1918/19 kursierenden Morddrohungen in ihren Arbeiten unterschlagen, allerdings haben sie auch die gewaltsamen Parolen gegen die »Ebert-Schei-

demänner« erwähnt und dass der revolutionären Linken dann doch die Massen der Klasse fehlten, die sich gegen die »Bürokratien« der Arbeiterparteien einspannen ließen, wird zumindest unterschwellig für den Leser deutlich. Aber was zählt schon die Mehrheit, wenn die Sache heilig ist?

Was nun das Verhältnis der SPD zu Rosa Luxemburg angeht, so ist ein Beitrag Willy Brandts im damaligen *Süddeutschen Rundfunk* über »Portraits zur deutsch-jüdischen Geistesgeschichte« aus dem Jahr 1989 unübertroffen. Er wurde in der April-Ausgabe des Wendejahres in dieser Zeitschrift abgedruckt und stellt uns eine radikale Sozialistin aus Warschau vor, der nicht nur August Bebel, sondern auch einer seiner Nachfolger mit großer persönlicher Sympathie begegnete. Willy Brandt verschweigt keineswegs, dass der Idealistin, die dem Parteiestablishment (zu dem sie ja selbst rasch gehörte) mehr als einmal mit heiligem Zorn entgegengetreten war, ein Antisemitismus entgegenschlug, »der auch der jungen Arbeiterbewegung nicht fremd war«. Daraus aber eine »völkische SPD« zu konstruieren – wie Gietinger es tut –, offenbart eine historiografische Schlichtheit, die zu erkennen gibt, dass die gesamte mühevoll gesammelte Sammlung von Quellen und Material nicht dazu diente, zu einem gut begründeten historischen Urteil zu gelangen, sondern allein zu einem politischen Schuldspruch. Mag man vor dem Lesen des Buches das auf dem Umschlag von Roth ausgesprochene Lob, die Arbeit Gietingers lasse »überholte Denkmodelle« hinter sich, breche mit Tabus und setze neue Maßstäbe, noch als auch woanders übliche Werbemaßnahme durchgehen, so empfindet man nach der Lektüre eine solche Anpreisung nur noch als eine ironische Wendung in einem Geschichtsstück, in dem die Rollen schon besetzt und von vornherein festgelegt waren.

Klaus Gietinger: Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere. Edition Nautilus/Verlag Lutz Schulenburg, Hamburg 2009, 544 S., € 39,90.

Albrecht von Lucke

Kulturzynismus als politische Gefahr

25 Jahre Privatfernsehen

1984 gingen in Deutschland SAT 1 und RTL plus (heute RTL Television) auf Sendung. 25 Jahre später jublieren die Zeitgeistintellektuellen, an ihrer Spitze der unvermeidbare Medienprofessor Norbert Bolz: »Die Einführung des Privatfernsehens war ein Segen für die deutsche Kultur. Das ist eine echte Kulturrevolution, die der 68er-Bewegung ebenbürtig ist.«

Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Im Februar ist im *Wagenbach Verlag* sein neues Buch erschienen: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin: 1949-1989-2009.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de



In der Tat, die Einführung des Privatfernsehens steht für einen Strukturwandel der Öffentlichkeit, der in seinen politischen Konsequenzen bisher kaum hinreichend begriffen wurde. Doch für Jubel besteht kein Anlass, im Gegenteil: Die Etablierung der kommerziellen Sender bedeutet einen radikalen Bruch mit den Traditionen der Bonner Republik. Wollte man doch von einer »geistig-moralischen Wende« der Kohl-Ära sprechen, die ja vermeintlich an der Deutungshoheit der 68er scheiterte, man könnte dies mit guten Argumenten in diesem Zusammenhang tun.

Die vielleicht wichtigste politische Erregungenschaft der alten Bundesrepublik bestand in ihrer funktionierenden und engagierten Öffentlichkeit. Die klärende Auseinandersetzung streitbarer Intellektueller mit den regierenden Politikern bescherte dem Land erst seine demokratische Kultur. Die Medien spielten dabei eine entscheidende Rolle, anfänglich auch und gerade das Fernsehen. In den Gründungsjahren

war es etwa die Übertragung des WM-Endspiels von 1954, das maßgeblich zur Entstehung eines neuen bundesrepublikanischen Selbstbewusstseins beitrug. Manche Beobachter bezeichnen deshalb das »Wunder von Bern« als den eigentlichen mentalen Gründungsmoment der Republik.

Auch im engeren politischen Sinne war das Fernsehen prägend. Zu Anfang stellten die Übertragungen der großen Bundestagsdebatten erste Ein- und Lockerungsübungen in gelebter Demokratie dar. Und noch vor genau 30 Jahren sorgte die Ausstrahlung der ersten Fernsehserie über den Holocaust für Einschaltquoten von weit über 50 %. Von den jungen Bundesbürgern (zwischen 14 und 29 Jahren) schalteten 68 % mindestens einen Teil der Serie ein; selbst bei den über 60-Jährigen war es noch fast die Hälfte. Zwei Drittel der Zuschauer zeigten sich tief erschüttert, etwa zwei Fünftel äußerten Scham darüber, dass Deutsche solche Verbrechen begangen hatten. Auf diese Weise löste eine TV-Serie die erste, die gesamte Gesellschaft ergreifende Auseinandersetzung über die Zeit des Nationalsozialismus aus. Der Begriff Holocaust wurde zum (inzwischen weltweit) geläufigen Synonym für die industrielle Judenvernichtung durch das NS-Regime. Gleichzeitig hatte dieser Vorgang unmittelbare Rückwirkungen auf die Geschichtswissenschaft, die sich ernsthaft mit ihren Ver-

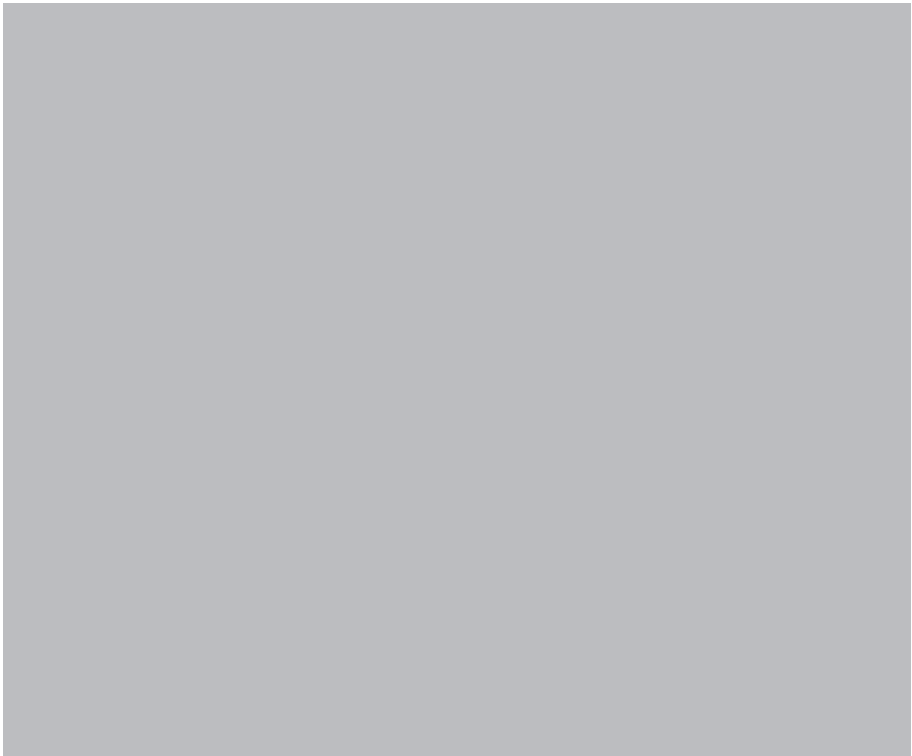
mittlungsdefiziten beschäftigen musste. Kurzum: Das Fernsehen diene der Artikulation und politischen Auseinandersetzung der Bürger, die sich allabendlich vor den beiden öffentlich-rechtlichen Kanälen versammelten.

Selbstverschuldetes Unglück

Heute wäre ein derartiges Ereignis undenkbar, ist das Fernsehen seiner volkspädagogischen Bedeutung weitgehend verlustig gegangen. Mit der Einführung des Privatfernsehens begann die radikale Kommerzialisierung, aber auch die leichtfertige Verabschiedung seiner aufklärerischen Rolle – schon weil sich die Massen nicht mehr gemeinsam vor dem einen Sender virtuell versammeln, sondern auf Dutzenden von Kanälen verlieren.

Für Norbert Bolz ist dies ein Grund zum Jubilieren: »Fernsehen ist heute eine Ware. Sender verstehen sich als Marken und konzentrieren ihr Marketing auf Kultursendungen. Die Zeit der Aufklärung und Kritik ist also vorbei. Den einzig wahren Souverän anerkennt in aller Ehrlichkeit nur das Privatfernsehen: die Quote.«

Faktisch wird damit der eigentliche, demokratische Souverän von den Propagandisten des Privatfernsehens bereitwillig entmachtet – zugunsten der allabendlichen Abstimmung mit dem Zapp-Gerät der TV-Konsumenten. Man merke: Wo »Gleichheit« und »Demokratie« nichts kosten, wie beim Fernsehkonsum, werden sie von Neoliberalen gerne propagiert. Doch hinter dem Primat der Quote verbirgt sich eine erstaunliche »Tyrannei der Mehrheit«. Indem die Mehrheit mit ihrer Entscheidung via Fernbedienung auch über das Niveau



der Sendungen bestimmt, führte sie in den vergangenen 25 Jahren zu einer sich selbst verstärkenden Senkung der Qualität – mit Auswirkungen längst auch auf die öffentlich-rechtlichen Anbieter.

Die Ironie dabei: Anders als bei Alexis de Toqueville vorhergesagt, geht diese Tyrannie der Mehrheit letztlich nicht zu Lasten der überstimmten Minderheit, sondern eben jener Mehrheit selbst. In ihrem eigenen privaten TV-Ghetto kann die in Zeiten der Krise weiter wachsende Unterschicht sich immer mehr von jenen notwendigen Informationen abschotten, die wirkliche Teilhabe an den politischen Geschäften der Demokratie erst ermöglichen. Gleichzeitig setzen sich die Bessergebildeten medial nach »oben« hin ab – in Richtung *ARD* und *ZDF*, *3sat* oder *Arte*.

Postaufklärerische Obszönität

Bemerkenswerterweise wird das Privat-TV heute gerade von solchen vermeintlichen Kultureliten gefeiert, die ansonsten die zunehmende Verblödung und Dekadenz beklagen – und sich selbst längst von der breiten Masse abgewendet haben. Oder wollte irgendjemand bezweifeln, dass Norbert Bolz als selbsternannter »Held der Familie« (vgl. *Medienspiegel* 4/2008) die erforderlichen Vorkehrungen trifft, um seine vier Kinder vor den bereits mittäglichen Schlachtfesten auf *RTL II* oder *Pro 7*, »Talkshows« genannt, zu schützen? Und auch der Supernanny, Dieter Bohlen oder irgendwelchen Dschungelcamps dürfte er seinen eigenen Nachwuchs schwerlich aussetzen.

Und hier beginnt das eigentlich Obszöne: Die post-aufklärerischen Intellektuellen bejubeln den medialen Circus Maximus, in dem die Unterschichtsangehörigen täglich gegeneinander antreten und ihre Schlachten austragen, derweil sie ansonsten nur verächtlich auf die Kostgänger

des Sozialstaats herabschauen. Was Bolz von diesen Menschen wirklich hält, verriet er bereits 2007 im elitär-konservativen *Merkur*. In seinem Aufsatz »Die Religion des Letzten Menschen« wettet er gut nietzscheanisch gegen den »Insekentypus« des gegenwärtigen Posthistoire. Der Schuldige für die angebliche Verzweigung des Menschen ist schnell gefunden: Es ist die herrschende Dekadenz, die sich hinter Begriffen wie soziale Gerechtigkeit verberge: »Dekadenz heißt politisch: die soziale Frage.« Der »Schlaf der wohlfahrtsstaatlichen Vernunft« gebäre das total-versorgende »Ungeheuer einer Welt als Kinderkrippe und Altersheim«. Alles bloß Bepamperung, von der Wiege bis zur Bahre: In dieser Welt, die allzu sehr an den Kohlschen »Freizeitpark« erinnert, herrsche mit Nietzsche »die autonome Heerde«, sprich, jetzt wieder ganz radikal mit Bolz: »Menschlich ist das, was der Mensch nicht mehr ist.«

Brot und Spiele

Die laut Bolz realexistierenden Letzten Menschen, die, frei nach Nietzsche, nur noch in der Sonne liegen und blinzeln, wissen nach Ansicht unserer Kulturästheten schon lange nicht mehr, was wahre Sehnsucht, wahres Leid ist. Anstatt diesem Zustand jedoch Abhilfe zu schaffen, werden sie durch das Lob des Privatfernsehens geradezu stillgestellt. Mit »Brot und Spielen« überlässt man die Unterklasse ihrem Schicksal. Und zugleich ist das tägliche *Bashing*, ob beim *Survival of the fittest* im *RTL*-Dschungel oder bei Dieter Bohlen's Pöbeltiraden, die beste Einübung in den herrschenden Sozialdarwinismus.

Im Jahre 1961 warnte Fritz Stern in seiner heute schon klassischen gleichnamigen Studie vor »Kulturpessimismus als politischer Gefahr«. Heute dagegen müssen wir uns weit mehr vor dem antiaufklärerischen Kulturzynismus in Acht nehmen.

Alessa Brochhagen

Generation ohne Vision?

Was ist mit der Jugend los? Sitzt sie, vom prekären Dasein entmutigt, vor dem Fernseher, wie Jens Jessen (Zeit, 36/2008) und Tanja Dückers (Zeit, 51/2008) uns glauben machen wollen, oder ist sie voll von aktionistischem, aber selbstbezogenem Tatendrang, wie die Jungredakteure Manuel J. Hartung und Cosima Schmitt gehalten (Zeit, 37/2008)? Unsere Autorin meint: Weder noch: Es gibt nicht nur die eine Jugend.

Angepasste, peppige Lebensläufe mit Auslandsaufenthalten, Praktika und sozialem Engagement gibt es viele. Sonst, heißt es, könne man die Karriere sowieso vergessen. Eine ungesicherte Zukunft erzeugt bei vielen jungen Menschen einen hohen Leistungs- und Anpassungsdruck. Hat der *Zeit*-Feuilleton-Chef Jens Jessen in seinem Artikel »Die traurigen Streber« also Recht, dass die Jugend unsere Gesellschaft zerfallen sieht und daher nur noch ihr eigenes Überleben sichern will? Im Stile eines Generationspsychologen diagnostiziert er eine ausgewachsene Depression. Die Jugend habe vor der gesellschaftlichen Debatte um Globalisierung, verschärfte Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit kapituliert und sich ins gemachte Nest, das Geld und Sicherheit heißt, zurückgezogen. Derart kulturpessimistisch lässt sich vom hohen Thron des Chefsessels aus leicht fragen: Wo bleibt der Protest?

Jessen vergisst allerdings, dass die beobachteten Symptome auf einen größeren Zusammenhang verweisen: Prekarisierung betrifft nicht die Jugend allein. Auflösung arbeitsrechtlicher Bestimmungen, befristete Verträge und Abbau von sozialen und politischen Rechten lassen sich in allen Gesellschaftsbereichen beobachten. So wäre es Aufgabe aller, sich zu solidarisieren und zum Sturmlauf gegen Flexibi-

**Alessa Brochhagen**

(* 1980) hat in Tübingen und Dublin Kunstgeschichte und Soziologie studiert. Zurzeit promoviert sie in Berlin zum Thema Street Art. Sie war Praktikantin der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*.

abrochhagen@yahoo.de

lisierung, Leiharbeit und *Outsourcing* anzusetzen. Dies schließt die Meinungsmacher ein. Denn wenn der Ressortleiter ganz im postmodernen Tonfall anprangert, dass den jungen Menschen Utopien fehlten, fragt man sich: Wer, wenn nicht die Meinungsführer, könnten solche setzen?

Sicherlich muss man Jessen zustimmen, dass Protest heute nicht mehr kollektiv stattfindet. Wenn ihm bei der Klage über die ideenlose Jugend als Vergleichsmenge die 68er vor Augen standen, dann vergisst er allerdings, dass Hochschullehrer und Intellektuelle damals zu den Wortführern gehörten, die den jugendlichen Drang nach Veränderung institutionell und ideologisch stützten. Auch war Protest nie Sache aller Jugendlichen. Genauso wenig ist Protest eine Hau-Ruck-Aktion Einzelner. Die Antikriegs- und die internationale Studentenbewegung, die Auseinandersetzung mit der deutschen nationalsozialistischen Geschichte und der Kalte Krieg waren ausschlaggebend für die

Protestwelle der späten 60er. Die Ereignisse haben viele junge Menschen dieser Generation für das parteipolitische Engagement mobilisiert. Die Mitarbeit in formalen Organisationen (Gewerkschaften, Bürgerinitiativen) ist aber seit den 70er Jahren stark gesunken. Heute lässt sich politischer Protest daher nicht mehr z.B. an der Anzahl der Parteibücher messen.

Dies setzt die Antwortpolemik »Die effizienten Idealisten« von Hartung/Schmitt dem *Zeit*-Feuilletonisten mit Recht entgegen. Jessen aber fordert immer noch kollektives politisches Engagement und beklagt sich, dass die jüngere Generation die Geißel der Konkurrenz längst verinnerlicht hätte und es nicht schaffte, sich von der »Tyrannis der eigenen Selbstdisziplinierung« zu befreien. So sucht er den Sündenbock auf der falschen Weide. Kann man behaupten, die Jugend habe vor dem neoliberalen Gesellschaftsmodell kapituliert und sie gleichzeitig an diesem messen, wenn man unter Ausblendung sozialstruktureller Zusammenhänge fordert, sie solle sich eigenverantwortlich zum Protest aufschwingen? Individualismus setzen und dann kollektiven Ungehorsam fordern? Wer in immer kürzeren Abständen Generationenporträts herbeischreibt (Generation Praktikum, Doof, Podcast etc.), braucht sich nicht zu wundern, wenn sich keine »gemeinsame Jugend« erhebt.

Politik in der Lebenswelt

Hartung/Schmitt versuchen, ein weniger pessimistisches Bild zu zeichnen und Jessens Argument von der Charakterlosigkeit der Jugend zu widerlegen. Es gäbe sehr wohl Protest und Drang zu Veränderung. Die Jugend sei engagiert und widerständig. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass die Bereitschaft, in informellen Gruppen temporär mitzuarbeiten und an direkten politischen Aktionen (Demonstrationen, Hausbesetzungen etc.) teilzunehmen, in den

letzten 30 Jahren gestiegen ist. Die Autoren vertreten jedoch die Meinung, das Politische muss nicht laut sein: Sie halten auch ein Freiwilliges Soziales Jahr, bewussten Konsum, den neuen Feminismus oder als Mann ein Babyjahr zu nehmen, für politisch, weil dies Gesellschaft verändere. Solche Positionen sind wichtig, aber zementieren sie nicht soziale Verhältnisse? Versteckt sich nicht beispielsweise hinter dem »Neuen Feminismus« (Thea Dorn u.a.), eine Mogeelpackung, die jungen Frauen das neoliberale Credo der beruflichen Selbstverwirklichung aufdrückt, ohne sie von den Pflichten der traditionellen Frauenrolle als Mutter zu befreien? Entpuppt sich der Wunsch, diesem neuen Frauenbild zu entsprechen, nicht als Büchse der Pandora, wenn die Frau nun als Familien- und Karriere managerin doppelt belastet ist?

Außerdem, so argumentieren die Jungredakteure weiter, suchten junge Menschen ihre Verwirklichung nicht mehr am Arbeitsplatz. Freizeitaktivitäten ergänzten heute als zentrale sinnstiftende Einheit die Arbeit. Doch die zunehmende Orientierung auf Freizeitaktivitäten ist wohl eher dem postfordistischen Wandel zu befristeten Arbeitsverträgen und häufigeren Job- und Ortswechseln geschuldet und damit Ausdruck von Unsicherheit, nicht von sozialem Engagement. Wo also hat sie sich dann im Protest von den prekären Strukturen distanziert? Nein, Hartung/Schmitts Jugend erstarrt nicht vor »Heuschrecken und Haifischen«, sie wirft sich mit Juchhe in den Rachen der Marktlogik. Damit entpuppt sie sich aber als genauso charakterlos wie Jessens. Was die Autoren nicht ohne ökonomischen Einschlag »effizienten Idealismus« nennen, passt letztendlich auch gut in den Lebenslauf. So schreiben sie die neoliberale Fabel von der Suche nach dem individuellen Glück fort.

Warum verweisen die *Zeit*-Autoren nicht auf solche Jugendlichen, die sich an kreativen Protestformen beteiligen, um politische Stellung zu beziehen? Diese Ju-

gend ist politisch und idealistisch. Sie nutzt traditionellerweise den öffentlichen Raum als Plattform des Protests, will aber mit spontanen und ungefragten Aktionen beispielsweise auf Textilproduktion oder die Gefahren der Privatisierung urbaner Räume aufmerksam machen. Mit *Flashmobs* weisen sie auf die Situation von Arbeiterinnen in Fabriken von *Puma* oder *Nike* hin. Mit Tango im Supermarkt demonstrieren sie gegen Ausbeutung in Discountern. *Reclaim the Streets*-Aktionen wollen städtischen Raum kurzzeitig für die Öffentlichkeit zurückgewinnen. *Guerilla Gardening* geht ähnliche Wege, indem brachliegendes Gelände in innerstädtische Gärten verwandelt wird. Die Aktionen sind kreativ und suchen stets nach neuen Protestformen, um Einverleibungstendenzen von Werbung und Popkultur zu unterlaufen. Denn das Rebellische ist längst als Marke entdeckt worden, die sich prima verkaufen lässt. Man denke an T-Shirts mit Ché Guevara-Konterfei oder mit Motiven des Streetart-Künstlers Banksy sowie an »Guerilla«-Werbeaktionen, die Ausdrucksmittel von Jugendkulturen imitieren. So warben Sportartikelhersteller im Streetart-Stil mit Schablonengraffiti.

Die *Zeit*-Feuilletonistin Evelyn Finger fragt in ihrem Beitrag »Die Bombe tickt« (*Zeit*, 38/2008) berechtigterweise, wie man heute noch rebellisch sein kann, wenn Rebellion Pop ist. In der Fangemeinde des Hip-Hops meint sie, solche jungen Menschen zu entdecken. Angeleitet von den Protagonisten der Szene, begehren sie gegen ihre Stigmatisierung als soziale Verlierer auf. Doch entspricht Fingers problematisches Bild einer rachelüsternen Generation von Ausgeschlossenen wirklich der ganzen Wahrheit? Nach ihr formiert sich die Wut dieser Jugendlichen als Schwelbrand unter der gesellschaftlichen Oberfläche und könne jeden Moment ausbrechen. Doch eine »Massenkultur der Niederlage« zu diagnostizieren, ist gefährlich. Sie erkennt nicht, dass die Positionen, die

vom Mehrheitsdiskurs als außerhalb liegende konstruiert werden, genau deshalb mit diesem verbunden sind. Einen nicht-verstehbaren Anderen zu kreieren, manifestiert Hierarchien und reproduziert Ausgeschlossene immer wieder als Ausgeschlossene. Zurückschlagende Gewalt kann dann zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden.

Subkultur und Wandel

Warum in keinem der Texte auf Subkulturen verwiesen wird (oder nur so negativ wie in Evelyn Fingers Fall), kann im Rahmen einer Debatte über Jugend nur verwundern. Denn Subkulturen wie beispielsweise Graffiti lassen sich auch als Ausdruck von Protest lesen. Graffiti ist als kreativ-künstlerische Ausdrucksform der Unzufriedenheit mit dem Bestehenden eine Form von symbolischem Protest. Dass junge Menschen Vorstellungen von Recht und Sicherheit bewusst missachten, indem sie ihre Schriftzeichen im urbanen Raum hinterlassen, wirkt vor dem Hintergrund verstärkter Überwachungsdebatten provozierender denn je. Wenn Kommunen Millionenbeträge für die Beseitigung von Graffiti ausgeben und *Writer* mit Hubschraubern und Infrarotkameras jagen, dann wird deutlich, wie politisierend symbolischer Protest wirkt. Da sich Herrschaft symbolisch legitimiert, wird Graffiti meist nur über den Kriminalitätsdiskurs sichtbar oder findet – wie in den Artikeln der *Zeit* – gar keine Erwähnung. Dies zeigt, dass Protest ein bisschen angepasst sein muss, um Diskursparameter verschieben und damit Veränderungen bewirken zu können. Doch er sollte weder mit Oh weh in der Depression noch mit Olé im effizienten Idealismus enden. Deswegen muss immer wieder das Ausgeschlossene in öffentliche Debatten eingeschlossen werden. Darauf aufmerksam zu machen, kann der politische Beitrag (auch) der Jugend sein.

Eva Menasse

Die Wiederkehr des Verdrängten

Das Nachtstudio des Bayerischen Rundfunks sendete im April 1960 einen Kommentar von Alexander Mitscherlich zum Problem des Antisemitismus: »Die Wiederkehr des Verdrängten«. Mitscherlich sah den Hauptgrund für das Wiedererstarken des Antisemitismus in der kollektiven Verdrängung der NS-Verbrechen durch die bundesdeutsche Gesellschaft. Eva Menasse bilanziert fast 50 Jahre danach.

Eva Menasse

(* 1970) lebt als freie Journalistin und Schriftstellerin in Berlin. 2005 erschien ihr Roman »Vienna«, im kommenden Herbst wird ihr neues Buch »Lässliche Todsünden« bei Kiepenheuer & Witsch erscheinen.



Stefan Ollrich/www.ohl.at

Im Jahr 1960 schreibt Alexander Mitscherlich seinen Beitrag in Folge von antisemitischen Schmierereien, die Deutschland draußen in der Welt peinliche Schlagzeilen einbrachten. Der Anlass könnte von heute sein, mit dem graduellen Unterschied, dass man sich seither an solche Schmierereien, an deutsche wie andere, wieder besser gewöhnt hat und sich deshalb viel weniger aufregt. Mitscherlich spricht von »Rowdytum« und »Bübereien« und fragt sich, wie ernst so etwas überhaupt zu nehmen ist – auch in dieser Hinsicht klingt sein Beitrag absolut heutig. Bei jedem einschlägigen Fall, sei es, dass ein Schwarzer halb zu Tode geprügelt, ein Friedhof mit Hakenkreuzen geschändet oder eine jüdische Ausstellung von Schülern verwüstet wurde, kann man tagelang auf allen Kanälen die ratlosen Statements von Polizei und Politik hören, wonach weiterhin völlig unklar sei, ob die Taten wirklich überprüfbar einen »politischen, also rassistischen oder antisemiti-

schen Hintergrund« hätten – ja, was denn sonst?, brülle ich dann immer mein Radio an.

Vielleicht hätten die Berliner Schüler, die jüngst für mehr Bildung demonstrierten und ihre eklatanten Bildungsmängel gleich damit unter Beweis stellten, dass sie *en passant* in der Humboldt-Universität eine Dokumentation über jüdische Verfolgung zerstörten, aus reinem Demo-Übermut ja auch die Schautafeln einer anderen Ausstellung abgerissen, sagen wir, über die Kunst der Ureinwohner von Papua-Neuguinea. Doch dass es gerade eine Ausstellung über jüdisches Schicksal war, hätte im Zentrum von Berlin eigentlich auch die dümmsten, ausgelassensten Schüler abhalten müssen. Daran, dass es sie nicht abgehalten hat, sondern dass sie voller Lust zerstörten, erkennt man den antisemitischen Anteil. Summa: Antisemitische »Bübereien« sind immer ernst zu nehmen, auch wenn sie, aber das wäre eine andere Frage, gesamtgesellschaftlich nicht gefährlich sind. Sie sind ernst zu nehmen und auf das Schärfste zu verurteilen, denn sie finden vor dem Hintergrund dessen statt, was in diesem Land geschehen ist: Sie beziehen sich auf den Holocaust und bekräftigen ihn. Das ist monströs.

Aber kehren wir zu Mitscherlich zurück. In den meisten anderen Passagen

seines Redetextes schaut uns ein fast völlig fremdes, lange versunkenes Deutschland an. Als Mitscherlich 1960 die »Wiederkehr des Verdrängten« prophezeit, liegt das Kriegsende weniger weit zurück als heute die Wende.

Mediengetöse ohne wissenschaftliche Entsprechung

Die Durchdringung der deutschen Gesellschaft mit dem Wissen um ihre Untaten beginnt damals erst. Fast alles, was dafür entscheidend ist, kommt erst lange danach: RAF, Fassbinder, Jenninger, Walsler, die Mahnmaldebatte, die Entschädigung für Zwangsarbeiter, die Restitution von Raubkunst – alles begleitet von einem scheinbar immer lauter anschwellenden Getöse von Filmen, Fernsehserien, Büchern. Dieses Medien- und Debattengetöse hat dabei allerdings – und das wird von den samtzüngigen Schlussstrich-Propagandisten gern vergessen – bis heute kaum eine Entsprechung auf wissenschaftlichem Gebiet. Spezielle Holocaust-Lehrstühle, -Forschungszentren und -Museen gibt es spektakulär in den USA; in Deutschland nichts Vergleichbares. Und zentrale Abläufe, wie etwa die Organisation der Deportationen, sind noch immer praktisch unerforscht.

Mitscherlichs Essay kreist nun einerseits um die Frage des Zeitpunktes, an dem das vermeintlich Verdrängte wieder hervorbricht, und gibt als Antwort den erreichten Wohlstand sowie die »Distanz, die den Schrecken mildert« – das mag auch in dieser Vereinfachung stimmen. Doch viel interessanter ist seine zweite Frage, nämlich, ob man aus der Geschichte lernen kann.

Schnell möchte man antworten: Deutschland hat immens aus seiner Geschichte gelernt. Dieses Lernen war schmerzhaft, mühsam, langwierig, es dauert noch an, es wird nie zu Ende sein, und es hat selbstverständlich nicht alle erreicht.

Es mag sogar einige wenige, jedenfalls die besonders Dummen, erst dazu animiert haben, Neonazis zu werden. Das wäre aber, salopp formuliert, nur die lokaltypische Verbrämung einer überall vorhandenen, unbelehrbaren Minderheit, die sich gewalttätig gegen alles richtet, was ihr fremd erscheint.

Doch der klassische Antisemitismus ist zur Zeit nicht gesellschafts- oder gar mehrheitsfähig, was man von anderen mittel- und osteuropäischen Ländern nicht behaupten kann.

Schiefe Haltung trotz Trainings

Aber wie das eben so geht, wenn man sich beim Training vorwiegend um einen Muskel oder eine Muskelpartie kümmert, handelt man sich erst recht eine schiefe Haltung ein. Zugespitzt gesagt: In Deutschland liebt man inzwischen die Juden, die man einst ermordet hat, so zärtlich, dass man die Belange der heute lebenden noch gar nicht in den Blick genommen hat. Um die Erhaltung der ehemaligen Konzentrationslager als Gedenkstätten, um die Restaurierung von zerstörten Synagogen und die Dokumentation der Judenverfolgung noch im kleinsten Nest kümmert man sich gewissenhaft, voller staatstragender Pietät und allzeit abrufbarer Sonntagsredenformeln. Jede Debatte um die Interpretation der Vergangenheit oder den kleinsten Antisemitismusverdacht in einer unbedachten Aussage wird mit Verve geführt. Aber sobald es um die Belange der lebenden Juden geht, um Gegenwart und Zukunft, stößt man entweder auf ängstlich-verwirrtes Schweigen oder auf die alten, verräterischen Reflexe.

Ist denn die soziale Lage der alten russischen Juden, die man ins Land geholt und dann sich selbst überlassen hat, irgendwo ein Thema? Sollte man das Geld für die nächste denkmalgerechte Sanierung eines Nazi-Erschießungsplatzes nicht besser ihnen geben? Oder: Warum müssen sich

deutsche Juden immer noch tagein, tagaus für die israelische Politik rechtfertigen? Wie halten wir es wirklich mit Israel? Wissen wir noch, dass es, all seinen Fehlern zum Trotz, die einzige Demokratie in der Region ist, während die umliegenden arabischen Staaten seit Jahrzehnten ein zynisches Spiel mit dem Leid der Palästinenser spielen?

Doch diese Phänomene von Opfer-Täter-Umkehr, von Philosemitismus und Sündenstolz sind hinreichend bekannt. Beschränken wir uns darauf, dass sie vielleicht unvermeidliche Nebenprodukte jenes Prozesses sind, den Alexander Mitscherlich 1960 gefordert und dem man sich seither in Westdeutschland, jedenfalls *grosso modo*, unterzogen hat.

Das »Lernen aus der Geschichte« entbehrt aber dann seines Sinnes, wenn das Erlernte auf die Geschichte beschränkt bleibt und sich nicht allmählich in ein Rüstzeug für die Zukunft verwandelt. Damit meine ich nicht banale, fragwürdige und einander widersprechende Ableitungen aus der Vergangenheit wie »Kosovo ist Auschwitz« oder »Soldaten sind Mörder«, sondern die sehr viel schwierigere Besinnung auf das, was uns schützt vor einer Wiederkehr der Geschichte, vor Willkür, Extremismus und Diktatur.

Demokratie oder populistische Taschenspielererei

Wie heißt es, dieses Mittel? Es heißt Demokratie. Wolfgang Thierse, der relativ unbemerkt in die Rolle der moralischen Instanz dieser Republik hineingewachsen ist, sagte es vor kurzem ungefähr so: Demokratie ist kein Instrument zur Wohlstandsvermehrung, sondern zur Vermehrung von Freiheit. Und um der Freiheit willen muss man im Zweifel auch eine Verminderung von Wohlstand hinnehmen.

Der Zug der Zeit fährt, wie es scheint, in eine andere Richtung, all der ernstgemeinten Geschichtsaufarbeitung zum Trotz.

Das Problem der Zukunft ist nicht die winzige Minderheit gewalttätiger Rechtsradikaler. Und auch wenn Polizei und Justiz in der systematischen Verfolgung und Bestrafung dieser Gewalttäter, die ihnen bestens bekannt sind, gewiss noch kräftig zulegen müssen; da braucht es wohl gar kein NPD-Verbot.

Das tiefgreifende Problem der Zukunft sind vielmehr Politiker, die wieder auf der Ressentiment-Klaviatur gegen »die da Oben« oder »die da in Brüssel« spielen, die verdächtig einfache Lösungen propagieren und damit ganz bewusst Wut und Verdrossenheit schüren. Man findet sie vor allem, aber nicht ausschließlich in den Reihen der *Linkspartei*. Es sind diese populistischen Taschenspieler, die in tiefen Schichten der Gesellschaft den Zusammenhalt gefährden. Die Frage ist nun, wie sehr die deutsche Gesellschaft, die sich nach Jahrzehnten enormen Wohlstands zum ersten Mal mit einer Rezession konfrontiert sieht, dafür empfänglich ist. Derzeit erscheint mir Deutschland, gerade im direkten Vergleich mit meiner österreichischen Heimat, noch herrlich gelassen und immun.

Mitscherlich schrieb seinen Beitrag in einer Zeit, als ein angestrebter, ein fragwürdiger Stolz auf die Leistung des Wiederaufbaus die Untaten der Vergangenheit gerade noch zu überdecken vermochte. Heute, wo die Nazi-Zeit gut durchgearbeitet, aber sehr weit weg ist, muss es darum gehen, dass der berechtigte Stolz auf Leistungen wie diese nicht abhanden kommt. Das Wort von der Opferbereitschaft, das zuletzt bei den Nazis hoch angesehen war, gewinnt nämlich einen neuen, unangenehmen Sinn. Viele sind schon wieder bereit, sich als Opfer zu fühlen, als Opfer von Politik, Wirtschaft, Justiz, oder von Ausländern und Asylsuchenden. Diese im neuen Gewande entstehende Unkultur von Ressentiment und Gegnerschaft, von Armutshysterie und tatsächlicher sozialer Verwahrlosung ist die Bedrohung der nahen Zukunft.

Ulrich Baron

Germanien – Stunde Null?

Der Mythos der Varusschlacht

*»Mit Dreizehntausend der Zug begann, /Einer kam heim aus Afghanistan«, so be-
dichtete Theodor Fontane die vernichtende Niederlage, die britische Truppen
1841 dort erlitten hatten. Ob Teutoburger Wald oder Hindukusch – die Varus-
schlacht aus dem Spätsommer des Jahres 9 war keineswegs die letzte militärische
Katastrophe, die einem mächtigen Imperium in einem schwer überschaubaren
Gelände von einem stark unterschätzten Gegner zugefügt wurde. In Deutschland
diente sie viele Jahrhunderte später zur Bildung eines Nationalbewusstseins.*

Ungewöhnlich war, dass die Geschichte des Untergangs dreier Legionen unter Führung des Publius Quinctilius Varus von den Verlierern geschrieben wurde. Die Sieger kannten noch keine Schriftkultur, und so verhallte die Kunde von dem, was im Deutschen Historischen Museum unlängst als »Urknall der deutschen Geschichte« apostrophiert wurde, für lange Jahrhunderte in den Wäldern Germaniens. Als Erbe des Varus-Bezwingers Arminius begann man sich in Deutschland erst zu fühlen, nachdem 1455 im Kloster Hersfeld die *Germania* des Tacitus und 1507 im Kloster Corvey dessen *Annalen* wiederentdeckt worden waren.

Zum Hermann verdeutscht, war der Cherusker nicht nur einem Luther lieb und wurde in vielfacher künstlerischer Überarbeitung zum Nationalhelden aufgebaut, der sein ehernes Germanenschwert bald gegen Rom, bald gegen Frankreich richtete. In Kleists 1808 verfasstem Drama *Die Hermannsschlacht* residierte er auf der Teutoburg, bis dann 1875 der Bildhauer Ernst von Bandel sein Denkmal in Überlebensgröße auf dem Teutberg bei Detmold vollendete. In den Büchern von Bendikowski, Wolters und Husemann werden die Umstände dieses Jahrzehnte verschlingenden Projekts ausführlich beschrieben. Ralf-Peter Märtin teilt mit, dass allein das von der Firma Krupp gespendete Schwert sieben Meter gemessen und 600 Kilo ge-



Ulrich Baron

(* 1959) ist Literaturwissenschaftler und arbeitet als Kritiker und freier Publizist in Hamburg.

ulrich.baron@t-online.de

wogen habe. Doch es hätte wohl der Feder eines Heinrich Mann bedurft, um zu beschreiben, wie 30.000 begeisterte Untertanen die Einweihung des Bildnisses eines Helden verfolgten, von dem niemand wusste noch bis heute weiß, wie er ausgesehen und wo er die Römer wirklich besiegt hat.

Angesichts des Jubiläums sind jetzt zahlreiche Publikationen erschienen, deren zum Teil plakative Titel kaum weniger übertrieben sind als das Sieben-Meter-Schwert. Anhand der Textsammlung von *Reclam* kann man nämlich sehen, wie dürftig die Quellenlage ist. Hermanns deutscher Name ist ebenso eine spätere Zuschreibung wie der vermeintliche Schauplatz, der bis ins 17. Jahrhundert Osning hieß und dann, von den römischen Quellen inspiriert, in »Teutoburger Wald« umbenannt wurde. Auch der »antike Germanenname ist eine römische Fremdbezeichnung, die aus der Ausweitung eines ursprünglich nur für eine kleinere Gruppe gebrauchten Namens entstanden ist«, schreibt der Althistoriker Bruno Bleck-

mann in seiner Monographie *Die Germanen*. Wenn Tacitus behauptet, Arminius sei unstrittig der Befreier Germaniens gewesen, so zählte zu dieser Freiheit offenbar auch die Uneinigkeit. »Die Bewohner rechts des Rheins«, so schreibt der Historiker Reinhard Wolters in seiner knappen, präzisen Abhandlung über *Die Schlacht im Teutoburger Wald*, »waren und fühlten sich als Sugambren, Tenkterer, Chatten, Cherusker, Marsen oder Chauken. Sie gliederten sich in eine Vielzahl von Stämmen unterschiedlicher Größe, mit eigenen Traditionen und eigener Geschichte, mit eigener gesellschaftlicher und politischer Ordnung und mit je eigener Führung.«

Selbst innerhalb seines eigenen Stamms war die Position des Arminius alles andere als gesichert. Er wurde im Jahre 19 oder 21 von einem Landsmann ermordet, und was sein Volk betraf, so zitiert Tillmann Bendikowski Theodor Mommsen: »Durch die ewigen inneren und äußeren Fehden ward das Cheruskervolk so geschwächt, dass es seitdem aus der aktiven Politik verschwindet.«

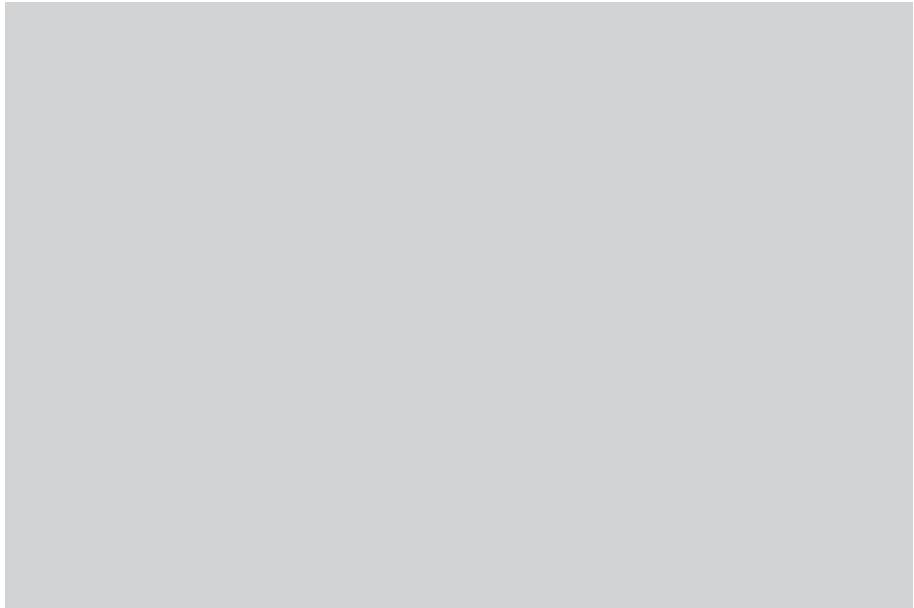
Das macht den Titel *Der Tag, an dem Deutschland entstand* um so rätselhafter, zumal Bendikowski die Varusschlacht als ein mehrtägiges Ereignis beschreibt. Konsistenter erscheint da, was Lutz Walther in der Quellensammlung des *Reclam-Verlages* schreibt: »Mit Sicherheit war es nicht allein die Vernichtung der drei Legionen des Varus, durch die Germanien einer römischen Provinzialisierung entging. Die Abberufung des Germanicus im Jahr 16 n. Chr. trug das ihre dazu bei. Die Germanen verdanken die vielzitierte ›Freiheit‹ also nicht uneingeschränkt Arminius, sondern zu einem Gutteil den Streitigkeiten zwischen Germanicus und Tiberius.«

Geht man einen Schritt weiter, dann verdankt sich die Rolle des Arminius der römischen Praxis, »Ausländern« das Bürgerrecht und die Aussicht auf eine Karriere im Dienst des Imperiums zu geben. Bevor er überraschend die Seiten wechselte, war

Arminius ein Staboffizier in Diensten des Varus. Interessanter als die vieldiskutierte Frage, ob der Held nicht ein simpler Verräter war, ist die andere Frage, ob Arminius von den Römern deren pangermanische Perspektive übernommen hat, um sie gegen seine Lehrmeister zu wenden. Schließlich: Hätte ein Erfolg der Römer bei der Unterwerfung Germaniens die Entstehung eines pangermanischen Bewusstseins nicht ungleich stärker befördert als die Varusschlacht, deren einigender Effekt ausblieb?

Angesichts der römischen Quellen erscheint der Stoff, aus dem sich bis in die NS-Zeit deutsche Gründungsmythen schaffen ließen, ausgesprochen form- und ortlos. Bei seiner Beschreibung der Strafexpedition des Germanicus, in deren Verlauf auch die Überreste der Varus-Legionen bestattet wurden, erwähnt Tacitus zwar Siedlungsgebiete, Seen und Flüsse, doch benennbare größere Ortschaften gab es offenbar nicht: »Dann führte er sein Heer weiter bis zu der äußersten Grenze der Bructerer, und das ganze Gebiet zwischen den Flüssen Amisia und Lupia, nicht weit entfernt von dem Teutoburger Wald, in dem, wie es hieß, die Überreste des Varus und seiner Legionen unbegraben lagen, wurde verwüstet.«

»*Haud procul Teutoburgiensi saltu*«, lautet die Ortsbestimmung in den *Annalen*, und der hier gebrauchte Name »*saltus Teutoburgiensis*« kommt, wie Wolters schreibt, »in der gesamten antiken Literatur nur bei Tacitus und nur an dieser Stelle vor«. Der Ausdruck »*saltus*« könne auf einen Wald, aber auch auf ein Waldtal oder einen von Höhen und Schluchten durchzogenen Landstrich hinweisen, und über die Teutoburg hat sich nicht nur Kleist Gedanken gemacht. Rund 700 verschiedene Lokalisierungsvorschläge gibt es inzwischen – derzeit erscheint Kalkriese bei Osnabrück als aussichtsreichster Kandidat. Neben Ausrüstungsgegenständen, Münzen, Schleuderbleien und einer inzwischen berühmten eisernen Gesichts-



maske fanden sich dort Gruben mit Menschen- und Tierknochen, die vor ihrer Bestattung jahrelang unter freiem Himmel gelegen hatten. Das entspricht der Darstellung des Tacitus, der die Truppen des Germanicus einen schauerlichen Schindanger betreten lässt, um die Gefallenen zu bestatten: »Mitten in dem freien Feld lagen die bleichenden Gebeine zerstreut oder in Haufen, je nachdem wohin die Leute geflohen waren oder Widerstand geleistet hatten. Dabei lagen Bruchstücke von Waffen und Pferdegerippe, zugleich fanden sich an Baumstämmen angenagelte Köpfe. In den benachbarten Hainen standen die Altäre der Barbaren, an denen sie die Tribunen und die Centurionen der ersten Rangstufe geschlachtet hatten.«

Die Funde von Kalkriese, die sich über eine weite Strecke hinziehen, ließen, wie Günther Moosbauer in seiner Monographie über Archäologie und Geschichte der Varusschlacht« ausführt, nicht »auf ein klassisches Schlachtfeld schließen, sondern deuten auf ein Defileegefecht hin, das sich über eine längere Strecke hinzog«.

Über mehrere Tage wäre der durch unwegsames Gelände behinderte römische Heerzug samt Tross dann von allen Seiten attackiert worden. Zwischen Berghang und sumpfiger Niederung hätten die Römer ihre überlegenen Kräfte nicht entfalten können, während die Angreifer, geschützt durch Unterholz und einen eigens errichteten Damm, sie nach und nach aufrieben. Das wäre eine zutreffendere Version klassischer Schlachtbeschreibungen, in denen es blitzt und donnert, während bärtige Recken zwischen germanischen Baumriesen auf die Römer einschlagen.

Solche Überdehnung der Kräfte könnte man sinnbildlich für das Scheitern von Roms Germanienpolitik sehen. Unwegsam, unerschlossen, ohne Städte und Straßen erforderte Germanien einen Aufwand, den es in dieser Form möglicherweise gar nicht lohnte. Tacitus schreibt in jener berühmten Passage, das Gebiet »unweit des Teutoburger Waldes« sei »verwüstet« worden, aber von Eroberung oder Sieg spricht er nicht. Stellt man den Mythos vom germanischen Urwald und seinen

heldenhaften Bewohnern vom Kopf auf die Füße, dann war das Germanien der Varusschlacht möglicherweise gar nicht reif für eine Provinzialisierung – ein Land, das nicht nur Legionen, sondern auch Investitionen in feste Lager und Städte verschlang.

Anstelle einer raschen Romanisierung ging es dort langsamer voran, bis Christianisierung und Latinisierung Klosterbibliotheken und endlich humanistisch gebildete Deutsche hervorbrachten, die in alten Annalen auf die Heldentat eines Mannes stießen, den sie für ihren Ahnen halten wollten. Doch die Lehre daraus könnte auch anders lauten: Dass ein Land, das sich noch gar nicht als solches entwickelt hat, nicht erobert werden kann.

Tillmann Bendikowski: Der Tag, an dem Deutschland entstand. Geschichte der Varusschlacht. C. Bertelsmann, München 2008. 272 S., € 19,95.

Bruno Bleckmann: Die Germanen. C. H. Beck, München 2009, 336 S., € 24,90.

Boris Dreyer: Arminius und der Un-

tergang des Varus. Warum die Germanen keine Römer wurden. Klett-Cotta, Stuttgart 2009, 303 S., € 24,90.

Dirk Husemann: Der Sturz des römischen Adlers. 2000 Jahre Varus-Schlacht. Campus Verlag, Frankfurt/M. 2008, 223 S., € 24,90.

Ralf-Peter Märtin: Die Varus-Schlacht. Rom und die Germanen. S. Fischer, Frankfurt/M. 2008, 461 S., € 22,90.

Günther Moosbauer: Die Varusschlacht. Archäologie und Geschichte. C.H. Beck, München 2009, 127 S., € 7,90.

Christian Pantle: Die Varusschlacht. Der germanische Freiheitskrieg. Propyläen, Berlin 2009, 316 S., € 16,90.

Varus, Varus! Antike Texte zur Schlacht im Teutoburger Wald. Lateinisch/Deutsch. Reclam, Stuttgart 2008, 175 S., € 4,80.

Rainer Wiegels (Hg.): Die Varusschlacht. Wendepunkt der Geschichte? Theiss, Stuttgart, 2. Aufl. 2009, 132 S., € 19,90.

Reinhard Wolters: Die Schlacht im Teutoburger Wald. C. H. Beck, München 2008, 255 S., € 18,90.

Dirk Kohn

Zynisch und oberflächlich – aber auch überaus reizvoll

Wie der Markt die Parameter der Kunst verändert

Seit Jahren jagt die Gegenwartskunst von einem Auktionsrekord zum nächsten, ist medial präsent wie nie und lockt auch ein Publikum in die Museen, das sich bisher als wenig kunstaffin definierte. Die Kritik mokiert sich derweil über eine scheinbar sinkende Qualität. Es ist einiges in Bewegung und noch nicht ausgemacht, wohin es führt.

Dirk Kohn

(* 1962) ist Redakteur der NG|FH in Berlin.

dirk.kohn@fes.de



Am 15. September des letzten Jahres landete der britische Künstler-Star Damien Hirst bei *Sotheby's* in London seinen bisher größten Coup: 218 seiner eigens für diese Auktion angefertigten Werke fanden für insgesamt rund 130 Millionen Euro Abnehmer – just an dem Tag, als der Bankrott der US-Investmentbank *Lehman Brothers*

die Weltwirtschaft erschütterte. Späte Bestätigung für den Berliner Soziologen und Philosophen Georg Simmel, könnte man meinen, denn der hatte bereits vor gut hundert Jahren in seiner *Philosophie des Geldes* räsioniert: »Der Begriff des Marktpreises für Werte, die ihrem Wesen nach jede Schätzung außer der an ihren eigenen Kategorien und Idealen ablehnen, ist die vollendete Objektivierung dessen, was der Zynismus in subjektivem Reflex darstellt.« Zweifellos wird auch dem geneigten Betrachter die Diskrepanz zwischen oberflächlich erkennbarem Wert und dem Marktpreis von Gegenwartskunst mittlerweile als zynisch erscheinen, denn hier kann schnell aus »drei Bleistift-Gekrickelstrichen auf billigem Papier« Gold werden, wie Daniel Richter, selbst einer der Popstars unter den jungen deutschen Malern, kürzlich dem *Deutschlandfunk* anvertraute. Zeitgenössische Kunst ist also nicht nur Teil der kapitalistischen Gesellschaft, sondern mittlerweile ihr »schillerndster Spross« (*Piroschka Dossi*).

Die weltweite Gier nach individualistischen Statussymbolen, »eine hysterische Sehnsucht nach immer mehr Glamour und Glitzer« (*Zeit-Magazin*) und eine deutliche Verschiebung der Machtverhältnisse in diesem Marktsegment sind dafür ursächlich. Den traditionellen Sammlern lag noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein auch die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Kollektion am Herzen, sie waren an der öffentlichen Präsentation in Museen und am Nachwuchs interessiert. Seit Ende der 80er Jahre drängt neues Großkapital u.a. aus Russland, China und den Öl-Staaten, aber auch aus international operierenden *Hedge-Fonds* in den Markt und hat Kunst zur Spekulationsmasse degradiert. Viele Werke werden zudem anonym ersteigert und verschwinden danach aus der Öffentlichkeit.

Die in den monetären Mahlstrom hinabgerissene Kunst hat andererseits davon aber auch durchaus profitiert. Der Aufstieg der *Young British Art* Ende der 80er Jahre

sowie der *Young German Art* zu Beginn des neuen Jahrtausends ist nicht zuletzt »der Besitzgier, dem Potenzbeweis« einiger Investoren und »der Lust am Entdecken des noch völlig Unbekannten« einiger solventer Sammler zu verdanken.

Die neue Museumslust

Die sich daraus entwickelnde mediale Omnipräsenz initiierte beim Publikum wiederum eine Art »neuer Museumslust« (*Die Welt*, 29.8.08). In den letzten Jahren schlossen daher große Schauen wie die Kasseler *documenta* und Fachmessen wie die *ArtCologne* oder das *Art Forum Berlin* immer wieder mit einem satten Besucherplus. Als logische Konsequenz daraus wurde und wird quer durch die Republik neuer Ausstellungsraum geschaffen. Gerade auch in der Peripherie wie etwa in Augsburg, Siegen, Herford oder Cottbus sollen große Museums-Projekte ganze Regionen touristisch stimulieren – Bilbao *en miniature*.

Ein weiteres wichtiges Agens der Euphorie war der internationale Erfolg auch der deutschen Kunst. Traf zu Beginn des neuen Jahrtausends gerade der »nostalgische Realismus« der jungen *Neuen Leipziger Schule* den Zeitgeist, so erlebten in der Folge auch die zeitgenössischen »Altmeister« wieder neue Aufmerksamkeit. Umstrittene Projekte wie die Kirchenfenster von Neo Rauch im Naumburger oder Gerhard Richter im Kölner Dom weckten zusätzliches Interesse.

Der Hauptgrund aber für die neue Kunstlust ist ein grundlegender Wandel der Kunstperzeption in den letzten 20 Jahren. Gingen die Leute früher laut Thomas Bernhard noch »wie mit einem Rucksack voll Bewunderung« in die Museen hinein und hatten »aus diesem Grund immer diesen widerwärtigen gebückten Gang«, so kann man heute konstatieren, dass die zeitgenössische Kunst nichts Heiliges und

Ehrerbietendes mehr umweht. Sie ist zunehmend in die Alltagswelt vorgedrungen, ist Lifestyle und Mainstream geworden: »Heute muss man unter jeder Teppichfalte mit einem Kunstwerk rechnen« (*Christian Saehrendt*). So eignet sich etwa die Kunst eines Keith Haring vorzüglich für die Gestaltung von Kaffeetassen und Umhängetaschen. Doch gerade diese Profanisierung und Entzauberung hat ihr auch ein neues Publikum erschlossen, das zudem offener, jünger und zeitgeistiger ist als je zuvor. Leser der Zeitschrift *Monopol* etwa, eines der publizistischen Flaggschiffe der Branche, sind im Schnitt 40 Jahre alt. Sie sind Event-orientiert und auf Ausstellungen und Messen längst auch nicht mehr mit einer konventionellen Hängung von Bildern in der altbekannten »Koj« zu begeistern. Neue Messearchitektur-Konzepte wie die Freestyle-Arena beim *Art Forum Berlin 2008* oder der *Open Space* auf der *ArtCologne 2008* – Flaniermeilen mit Lounge-Charakter – sollen die »diskursive Qualität der Präsentation [erhöhen], die den veränderten Bedürfnissen eines gut

informierten, vernetzten und internationalen Publikums Entfaltungsraum gibt« (Eigenwerbung). Kunsthallen sind daneben deutlich familienorientierter geworden, viele bieten für Kinder und Jugendliche separate Galeriebereiche, Kreativ-Workshops u.ä.m. an. 2007 wurde so erstmals auf der *documenta 12* ein speziell auf die jüngste Zielgruppe zugeschnittenes Vermittlungsprogramm initiiert.

Letztlich kommt diesem »neuen« Publikum auch entgegen, dass die Szene das Internet als Distributionsweg entdeckt hat. Während Kunst im Fernsehen immer noch einen schweren Stand hat, wurde 2008 erstmals von der *ArtCologne* live und interaktiv bei *vernissage.tv* berichtet. Dieses erste auf Zeitgenössisches spezialisierte Web-TV ist seit 2006 auf Sendung und bietet neben Berichten von Ausstellungseröffnungen mit virtuellen Rundgängen auch Interviews und Video-Downloads an.

Von dieser scheinbar inhaltsleeren »Verkunstung des Lebens« (*Nicola Kuhn, Tagesspiegel*) wendet sich derweil die Kunstkritik angewidert ab. Zeitgenössische Kunst

sei mittlerweile zu einem »Fetisch« (*Saehrendt*) verkommen, heute wohl nicht mehr als ein »Konsumvorschlag« (*Holger Liebs, SZ*). Während Unsummen für oberflächliche »Dax-Kunst« ausgegeben würden, trockne »für das Gute und Ordentliche« (*Tagesspiegel*) die Nachfrage aus. Gegenwartskunst entziehe sich frech allen Kriterien und sei »unausdeutbar« (*Wolfgang Ullrich*) geworden. Ein leichter Hauch von Kulturpessimismus weht durch das Land.

Kulturpessimismus reloaded?

Dabei kann sicherlich niemand ernsthaft die Fehlentwicklungen bestreiten: Staatliche Museen können bei den Rekordauktionen nicht mithalten und sind zu Bittstellern bei privaten Sammlern geworden, die wiederum durch ihre subjektive Auswahl den Geschmack der Öffentlichkeit beeinflussen. Auch hat die direkte Konfrontation des Betrachters mit der Kunst deutlich gelitten. Zwischen »Warteschlangenanimation« (*Saehrendt*), Audioguide und Postershopping kann die Kontemplation naturgemäß nur fahrig bleiben. Ausstellungsrundgänge im Internet halten auf Distanz. Eine mundgerechte Portionierung verhindert unvoreingenommenes Herantasten.

Doch den Kritikern lässt sich folgendes entgegenhalten:

Der aus dem 18. Jahrhundert stammende Kunstbegriff wurde vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer wieder produktiv in Frage gestellt, etwa durch Marcel Duchamps *ready-mades* oder durch Joseph Beuys' Konzept eines »erweiterten Kunstbegriffs«. Die Betrachter wurden aufgefordert, die zuvor gültige Definition von Kunst neu zu denken, was immer wieder zu Irritationen Anlass gab. Ein einheitlicher Kriterienkanon existiert also schon lange nicht mehr. Was »gute« Kunst letztlich vom Rest trennt, bleibt demnach ein Mysterium.

Ferner hat die Kunstkritik über viele

Jahre selbst den Qualitätsbegriff negiert. »Hinter allen ... Kriterien wurden gesellschaftliche Machtstrukturen vermutet, deren Stabilisierung diese ... letztendlich dienen sollen« (*Boris Groys*). Nun scheint die Kritik auf der Strecke geblieben zu sein und die Lücke, die sie hinterließ, hat der Markt gefüllt. Nicht wenige Kritiker haben zudem an Glaubwürdigkeit eingebüßt, führen manche von ihnen doch »ein Leben als multiple Persönlichkeiten: Sie schreiben ... Rezensionen, sie kuratieren auch Ausstellungen, beraten Sammler, arbeiten als Künstler, betreiben eine Galerie. Und haben sich in derart viele Interessen verwickelt, dass sie vor lauter Abhängigkeiten kaum noch eine gerade Zeile schreiben können« (*Hanno Rauterberg*).

Und der Preis hat sich als neues Kriterium inzwischen etabliert, ist genau genommen »ein wichtiger Teil des Werks selbst, ähnlich wie der Name seines Urhebers, sein Titel oder der Ort seiner Präsentation«. Denn dies »sind Faktoren, die darüber entscheiden, ob und welche Fantasien geweckt werden. Sie und nicht etwa Kriterien wie das handwerkliche Geschick eines Künstlers, eine bestimmte Bildkomposition oder das Verhältnis eines Werks zu einer ikonografischen Tradition geben bei modernen Arbeiten Auskunft darüber, ob es sich dabei um Kunst handelt oder nicht« (*Wolfgang Ullrich, Literaturen 6/07*).

Inzwischen hat sich zwar eine *Neue Kunstkritik* zum Ziel gesetzt, Möglichkeiten zu erforschen, wie unter den gegebenen Umständen die Kompetenz der Kritik einerseits gesteigert und andererseits dem Publikum vermittelt werden kann. Vielleicht ist dieses Bemühen aber auch verzichtbar, denn »die Substanz der Kunst, ... reproduziert sich inzwischen ganz von selbst, medial (reflexiv) durch tausend Bezüge und im Spiel der sozialen Verhältnisformen ihrer Protagonisten ... und im Grunde sogar ganz gut auch ohne neue Setzungen«, so Helmut Draxler, Professor für Kunsttheorie an der Stuttgarter *Merz Akademie*.

Wie also weiter?

Dass man dem Markt durchaus eine Art »Gegenautorität« (*Rauterberg*) gegenüberstellen kann, hat Roger M. Buegel, Leiter der *documenta 12*, gezeigt: »Ich bin dagegen, dass der Markt den Kanon bildet«, ließ er verlauten und zeigte eine große Zahl unbekannter Künstler. Die »Weltkunstschau« stellte trotzdem (oder gerade deshalb?) einen neuen Besucherrekord auf. Diesem Konzept konnte auch die *FAZ* (4.7.08) nur positive Seiten abgewinnen. Die Museen und ihr Publikum kämen dadurch wieder »in Distanz zum Marktgetümmel« und fänden »am Ende ... wieder zu ihrer klassischen Rolle zurück, als Schauplätze des Erlesenen, Außergewöhnlichen und Bedeutenden und gewöhnen die verlorene Autorität zurück«. Die öffentlichen Museen müssten sich also künf-

tig »nur« von ihrem antiquierten Sammlungsauftrag, dass nur das Etablierte ins Museum gehört, lösen und sich wieder auf ihre Rolle als Inkubatoren besinnen und in die Förderung und Produktion neuer Kunst investieren.

Vor einem solchen Hintergrund brächte selbst ein Crash keine Gefahr für ernsthafte kulturelle Erschütterungen. Im Gegenteil: »Als der Kunstmarkt in den 90er Jahren zusammenbrach, schlug die Stunde der ernsthaften und leidenschaftlichen Sammler. Da ging es einige Jahre plötzlich nicht mehr um Prestige, Investitionen und Rekorde, sondern um Inhalte und Qualitäten. Das sind bleibende Werte, die auch Rekordpreise nicht verderben können« (*SZ*, 7.11.06). In dem »ewigen Kräftespiel zwischen zwei Wertesystemen« (*Dossi*) also eigentlich ganz gute Aussichten – für die Qualitätskunst.

Marko Martin

Die Politik, die Literatur**Milan Kundera wird 80 Jahre alt**

Er ist unter den Lebenden der bekannteste tschechische Schriftsteller: Milan Kundera, in aller Welt gelesen seine Romane wie »Abschiedswalzer« und »Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins«. Doch zuletzt ist ein Schatten auf sein Werk und Leben gefallen: durch angebliche oder wirkliche Verstrickungen des jungen Studenten Kundera. Nun wird der in Paris lebende Autor 80 Jahre alt.

Marko Martin

(* 1970) lebt als freier Schriftsteller und Publizist in Berlin. Zuletzt bei zu *Klampen* erschienen: *Sonderzone. Nahaufnahmen zwischen Teheran und Saigon*. Im Herbst erscheint in der *Anderen Bibliothek* bei Eichborn sein Erzählband *Schlafende Hunde*.



Nadja Klier

den Prager Polizeiarchiven vergessen, höchstwahrscheinlich authentischen Aktenvermerk: »Am 14. März 1950, um 16 Uhr, kam der Student Milan Kundera, geboren am 1. April 1929 in Brünn, wohnhaft im Studentenwohnheim in Prag 7, in die Abteilung, um eine Anzeige zu erstatten.« Es ging um einen ominösen Koffer in der Wohnung seiner Kommilitonin Iva, welche die Freundin von Kunderas Kumpel Miroslav war. Der Koffer stammte von einem gewissen Dvořáček, den das

Seit jenem Oktobertag 2008 ist alles anders: Die tschechische Wochenzeitung *Respekt* publizierte einen seit 58 Jahren in

Paar von früher kannte und der nun als antikommunistischer Aktivist soeben illegal über die bayerische Grenze gekommen war. Was tun? Die Unterlassung einer Anzeige wurde in der Zeit des Hochstalinismus und der Schauprozesse mit fünf bis zehn Jahren Haft bestraft. Also ging – wer weiß, ob widerwillig, in der Hoffnung, einer befürchteten Provokation zuvorzukommen, oder als dienstefrig empörter Jungkommunist – jener gewisse Milan K. zur Polizei, um Anzeige zu erstatten. Miroslav Dvořáček erhielt 14 Jahre Haft zu verschärften Bedingungen in den Uranminen des Landes; heute lebt er in Schweden und kann nach einem Schlaganfall nicht mehr sprechen. Und Milan Kundera, der vermeintlich ewig junge, das Tohuwabohu des Lebens immer wieder gegen die nivellierenden Zumutungen der totalitären Diktatur verteidigende Romancier und Essayist, wird am 1. April 80 Jahre alt. Sitzt in seinem Paris, wo er seit 1975 lebt, dementiert kurz und schweigt: »Dieser Zeitungsartikel behandelt eine Angelegenheit, von der ich gestern noch nichts gewusst habe und die nicht passiert ist.« Er verzichtet auf die angekündigte Klage gegen die Zeitschrift *Respekt* – was die einen als Souveränität, die anderen als indirektes Schuldeingeständnis buchstabieren.

Unterdessen überschlagen sich die tschechischen Medien, den als weltberühmten, kosmopolitischen Wahl-Franzosen misstrauisch Beäugten als Denunzianten und Verräter zu titulieren, der vom Fluch der bösen Tat eingeholt werde. Kunderas Bewunderer hingegen, von Pavel Kohout über Bernard-Henri Lévy bis zu Nadine Gordimer und Salman Rushdie, geben Blanko-Ehrenerklärungen ab. Was also zählt mehr: Jener Märznachmittag 1950 oder das folgende Schriftstellerleben, das wie nur wenige andere der Verteidigung der individuellen Würde gewidmet war? Wiegt *Weltliteratur* vierzehn Jahre Haft auf?

Aber ist nicht ohnehin schon alles beschrieben? Gleicht der »Fall Kundera« nicht zumindest darin dem »Fall István Szabó«, dass der berühmte ungarische Filmregisseur im realen Leben ebenfalls zu seiner kurzen Verstrickungsphase in den 50er Jahren schweigt, in all seinen Filmen aber – voran die Gustaf-Gründgens-Geschichte *Mephisto* – geradezu obsessiv den korrumpierenden Versuchungen von Künstlern und Intellektuellen nachgeht? Ist das atemberaubend perfektes Ausschlachten der eigenen Schuld bei Kaskadien der wirklichen Antriebskraft? Oder der lebenslange Versuch, hinter der Maske des Verschweigens jene Wahrheit um so klarer auszusprechen, die bis heute Leser und Kinogänger in ihren Bann zu ziehen vermag?

Vielleicht sind es nicht unsere Geschichten

Was jedoch auch immer in der nächsten Zeit noch ans Licht kommen mag: Bereits jetzt liest sich alles anders – paradoxerweise zum Vorteil von Kunderas Büchern, deren Ironie und Pathos-Ferne plötzlich in einem neuen Licht erscheint. Nun wird man nicht mehr lächeln, sondern den Atem anhalten, wenn in *Niemand wird lachen* – einer frühen Erzählung aus den 60er Jahren, später aufgenommen in *Das Buch der lächerlichen Liebe* – ein aufstrebender Jung-Akademiker und dessen Freundin Klara ihren Auftritt haben in einer huschig-fröhlichen Boheme-Idylle, die durch eine Verkettung unglücklicher Umstände jedoch bald in einen Alptraum abgleitet. Dort heißt es zum Schluss: »Plötzlich begriff ich, dass ich nichts anderes als meine Illusion gewesen war, als ich mir damals dachte, wir könnten unsere Geschichten selber satteln und deren Lauf lernen: vielleicht sind es gar nicht *unsere* Geschichten, vielleicht werden sie uns von *außen* untergeschoben; sie charakterisieren uns in kei-

ner Weise, und wir können nichts für ihren mehr als seltsamen Lauf.«

Zu billig, hier bereits Eskapismus zu vermuten. Vielleicht ist nicht das Handeln der Menschen das Üble, sondern die *Situation* – man kann auch sagen: das Land, das alles und jedes mit Parteipolitik und Dogma überziehende System. Spekulation: Und wenn der aus dem bayerischen Exil zurückgekommene Mann mit dem Koffer nur einer jener Unentwegten gewesen wäre, die, dampfend vor abstrakter Gerechtigkeitsliebe, nicht nur in bester Absicht ihren Mitmenschen gehörig auf den Geist gehen, sondern auch fragile, lebenskluge Balancen und Kompromisse mit stolzer Prinzipienfestigkeit zertrampeln? Man wird es nie erfahren und nur um die 14 Jahre Haft wissen, die es Miroslav Dvořáček gekostet hat, einst den studentischen Kreis von Iva und Milan gestört zu haben. Der potenzielle Täter als reales Opfer, die potenziellen Opfer als reale Täter. Wer wirft den ersten Stein, wer stellt den ersten Persilschein aus? Inzwischen eine ganze Menge redseliger Menschen, während Kundera schweigt.

Aber schrieb er nicht immer wieder genau *darüber*? Etwa im *Abschiedswalzer*, seinem literarischen Abschiedsgruß an die seit dem sowjetischen Einmarsch von 1968 schweigend geduckte Tschechoslowakei. Kurz vor seiner Emigration besucht hier der 40jährige Jakob noch einmal seine Vertrauten in einem kleinen böhmischen Kurstädtchen. Schläft mit der Tochter seines besten, einst in den 50er Jahren hingerichteten Freundes – und verschweigt aus gutem Grund, dass ihr angehimmelter Heldenvater vor seiner Verhaftung ebenfalls Freunde denunziert hatte. Wird – freiwillig-unfreiwillig durch eine kabinettsreife Verwechslung eines Medikamentenröhrchens – zum Mörder der Krankenschwester Rosa, die seinen Hass auf sich gezogen hatte, als sie mit Blockwart-Eifer das Einfangen und Töten der herrenlosen Hunde im Kurstädtchen begrüßte. »Und

auf einmal fiel ihm ein, dass es Stolz gewesen war, der ihn daran gehindert hatte, dieses Land zu lieben; ein einfältiger Stolz, der bewirkt hatte, dass er seine Nächsten nicht liebte, sondern hasste, weil er in ihnen Mörder sah. Und erneut erinnerte er sich daran, dass er einer unbekanntem Frau Gift in ein Röhrchen gesteckt hatte und selber ein Mörder war ... Er würde gern von hier wegfahren. Er würde von irgendwo wegfahren, wo er irrtümlicherweise geboren war und wohin er eigentlich nicht gehörte. Doch in diesem Moment wusste er, dass er aus seiner einzigen Heimat wegfuhr und es keine andere gab.« Wenn Milan Kundera in den Jahren nach 1989 auf Reisen nach Tschechien zurückkehrte, würde er dies stets anonym und inkognito tun.

Das Verlangen des Menschen, nicht Mensch zu sein

Wer bislang verwundert war, mit welcher lebenslanger Intensität Kundera gegen das, was er »Kitsch« nennt, focht, und darin (um in der grässlichen Diktion des kritisierten Genres zu bleiben) nur einen »Nebenschauplatz im notwendigen Kampfe gegen den Totalitarismus« sah, der müsste jetzt noch einmal genauer lesen. Etwa *Das Buch vom Lachen und vom Vergessen* (1980), in welchem nur scheinbar unvermittelt die melancholisch-libidinöse Handlung unterbrochen wird, um einer Philippika gegen den kommunistischen Lyriker Paul Eluard Platz zu machen. 1950 hatte es der französische Surrealist abgelehnt, seinem tschechischen Kollegen Závěš Kalandra beizustehen, ja mehr noch: Aus dem fernen Paris lieferte er den späteren Mördern seines Freundes noch die rhetorische Handhabe. Am widerlichstesten aber ist für Kundera, dass all dies mit Hinweis auf das der einst kommende kommunistische Paradies geschah, ein Paradies, von dem es 1984 in seinem (von Hollywood verfilmten) Welterfolg *Die unerträgliche Leichtigkeit*

des Seins heißen wird: »Die Sehnsucht nach dem Paradies ist das Verlangen des Menschen, nicht Mensch zu sein.« Hier geht er weiter, unendlich viel weiter als seine zahlreichen dissidentischen und exilierten Schriftstellerkollegen, wenn er seine Heldin Sabina räsonieren lässt: »In einer wirklichen kommunistischen Welt kann man leben. In der Welt der Wirklichkeit gewordenen kommunistischen Ideals, in dieser Welt der lächelnden Idioten, mit denen sie nie ein Wort hätte wechseln können, wäre sie binnen einer Woche vor Grauen gestorben.«

Harte Kost – nicht zuletzt für jene pro- oder antikommunistischen Politikaster und ästhetikfernen Fahnder nach irgendwelchen aufrüttelnden Botschaften. Für die anderen aber – Liebhaber des widerspruchsvollen Lebens und Verehrer des spielerischen 18. Jahrhunderts, als Tändelei noch nicht unter dem Fallbeil der Jakobiner lag – musste dieser weltläufige Tscheche Milan Kundera einfach ein Idol sein. Dieser Autor mir seiner Vorliebe für »denkende Romancier« von Witold Gombrowicz über Hermann Broch bis Philip Roth; mit seinem geschmeidigen Stil, der mit eleganter Konsequenz von Aktion zur Reflexion gleitet; mit seinem immensen, aber stets angenehm *en passant* angetippten Wissen über Musik, Bücher, den Körper und die Psyche der Frauen, die Eitelkeit und das Altern der Männer – dieser selbst schon unsterbliche Verfasser des Romans *Die Unsterblichkeit* sollte – ein Denunziant gewesen sein? Ohne alle Details des Falles zu kennen: Solche Niedrigkeit lässt sich vermutlich ausschließen. Milan Kundera, seit jeher angeekelt von Ideologen wie auch – man muss es einräumen – denkbar fern jeglichem Gedanken an so etwas wie unverfälschte Solidarität, die über das Individuelle hinausgeht, Milan Kundera sah möglicherweise im antikommunistischen Kurier nur die Schattenseite des kommunistischen Kommissars. Beide zausten und nötigten ihn, beide



vergewaltigten seinen Freiraum – also verriet er den einen an den anderen. Nur dass der eine, Miroslav Dvořáček, eben doch im (wie auch immer verstandenen) Dienst der Demokratie und Menschenrechte unterwegs war, während die Wachhabenden jenes Prager Polizeibüros stalinistische Mörder *in spe* darstellten. Der freigeistige Libertin als Verantwortlicher für 14 Jahre gestohlenen Leben – das ist jedenfalls schlimmer (und für eine literarische Reflexion ergiebiger) als eine Denunziation aus ideologischer Blindheit oder noch tumberen Motiven. Wie auch immer: Diesen jungen, vielleicht nicht sonderlich sympathischen Mann von damals, den nach einem Schlaganfall Verstummten von heute: ihn stelle ich mir als Romanfigur vor. Ich stelle mir vor, der einzige Romancier, der dies vermöchte, würde endlich auch diesem Miroslav D. Gerechtigkeit widerfahren lassen. Um im skrupulösen Akt des Schreibens sie alle zu beschämen – die geifernden Ankläger ebenso wie die ignoranten Verteidiger. Und womöglich sogar: sich selbst.

Carl Wilhelm Macke

Plastikbeutel, Stoffreste, Leichen**Die Tragödie der Bootsflüchtlinge auf dem Mittelmeer****Carl Wilhelm Macke**

(* 1950) freier Publizist in München und Ferrara (Italien); Geschäftsführer von »Journalisten helfen Journalisten« e.V. (www.journalistenhelfen.org). Mitglied »Libertà e Giustizia«.

cwmacke@t-online.de



Man kann es natürlich, wie Claudio Magris, mit Pathos formulieren: »Der Strom der Geschichte«, schreibt er, »schwemmt die kleinen Geschichten der Individuen fort und lässt sie untergehen, die Woge des Vergessens löscht sie aus dem Gedächtnis der Welt; Schreiben bedeutet unter anderem auch, am Ufer entlanggehen, stromaufwärts fahren, schiffbrüchige Existenzen auffischen und Strandgut wiederauffinden, das sich an andren Ufern verfangen hat, um es zeitweilig auf einer Arche Noah aus Papier unterzubringen«.

Wesentlich nüchterner heißt es am Ende von Gabriele del Grande Buch *Mama-dous Fahrt in den Tod*: »Von 1988 bis 2008 sind 8.109 Migranten im Mittelmeer sowie im Atlantischen Ozean auf dem Weg nach Spanien ertrunken. Mehr als ein Drittel aller Leichname wurde nie geborgen.« Brutal realistisch berichtet der Autor über das »Strandgut« auf der tunesischen Insel Djerba: »Dort ziehen die Fischer die Toten heraus. In den Fischnetzen sind nackte Körper, Leichen in Blue Jeans, Skelette, Algen und Shirts. Es sind dieselben Küsten, an die Homer einst Odysseus und seine Gefährten, verführt von holden Sirenen, schickte und wohin jedes Jahr tausende von Touristen in Urlaub fahren.«

In den Reisebüros wird man die Recherche des italienischen Journalisten über die Tragödie der Bootsflüchtlinge an den

mediterranen Küsten nicht finden. Auch erscheint die deutsche Ausgabe des Buches über ein tristes Gegenwartsthema nicht in einem großen deutschsprachigen Verlage, der eine aufwändige Werbekampagne finanzieren könnte. So werden vermutlich wieder nur wenige mit dem Drama der heutigen Flüchtlingsbewegungen vertraute »Experten« das Buch zur Kenntnis nehmen, das nirgendwo fehlen dürfte, wo heute über Europa, Armut und Menschenrechte gesprochen wird. Wie die europäischen Institutionen, wie die nationalstaatliche Politik, wie sich jeder einzelne von uns den fast täglichen Tragödien der Massenflucht stellt, wird immer mehr zu einem zentralen Thema aller europäischen Gesellschaften.

In neun Reportagen präsentiert del Grande die Ergebnisse seiner Recherchen über die Menschen, die Jahr für Jahr extrem gefährliche Überfahrten von den nordafrikanischen an die spanischen, griechischen und italienischen Küsten wagen, in der Hoffnung, ihrer sozialen und politischen Misere zu entkommen. Nicht wenige sind darunter, die ganz einfach so leben wollen, wie es ihnen die Werbebilder für Luxusprodukte versprechen. »Sonia, Alia und Khurut sind 20 Jahre alt, verirrt zwischen den traditionellen Tabus, der sozialen Kontrolle und den neuen Werten des Vergnügens und Konsums, die tonnenweise über das Internet und das Fernsehen verbreitet werden. Italien ist die Insel, die es nicht gibt, das Land der Spielsachen, das Paradies der Freiheit.« Kann man den Flüchtlingen diese Naivität und unhaltbaren Illusionen zum Vorwurf machen? Dass sie ihr Leben riskieren, wenn sie hohe Gebühren an kriminelle Schlepperbanden zahlen, die sie auf rostigen Kuttern in das Land ihrer Träume transportieren, wo sie

Armut und Ausbeutung erwartet – wenn sie es denn überhaupt schaffen, das Meer zu überqueren?

Wer wissen will, Welch gefährlicher Sog in den Konsummodellen des Kapitalismus steckt, sollte diese Reportagen über das Schicksal der Bootsflüchtlinge im Mittelmeer lesen. Erschreckendes erfährt man auch über die Polizeimethoden in den nordafrikanischen Anrainer-Staaten des Mittelmeeres. Wird ein Bootsflüchtling in ihrem Hoheitsgebiet festgenommen, muss er mit sofortiger Inhaftierung ohne irgendeinen juristischen Schutz rechnen. »Hamdi erzählt mir von sechs mal acht Meter großen Zellen, die mit 45 Personen überfüllt sind. Ein Quadratmeter pro Kopf, man schläft jeden Abend eingezwängt auf der Erde ... Er spricht von willkürlicher und unmenschlicher Folter, von Unterernährung, von Männern, die bedroht werden, weil sie den Blick nicht gesenkt haben.«

Wer von uns merkt noch auf, wenn er Nachrichten von gestrandeten Bootsflüchtlingen im Mittelmeer hört? Immerhin existieren Bilder. Man hat, wenn auch nur für einen flüchtigen Moment, die Existenz dieser Menschen wahrgenommen. Was aber ist mit den vielen, die auf einem Schiff in stürmischer See untergingen? Eine No-

tiz aus der Chronik des Schreckens von Gabriele del Grande lautet: »Am 17. Februar 2006 starben 25 Flüchtlinge. Sie waren von Somalia losgefahren, durch Syrien illegal in die Türkei eingereist und wurden dann von einer Welle, weniger als eine Meile von der Schwelle des alten Kontinents entfernt, ausgelöscht.« Was ist von ihnen geblieben? Nackte Körper, Leichen in Blue Jeans, Skelette, Algen und Shirts in den Netzen der Fischer.

Soll man einem Buch wie diesem eine große Resonanz wünschen? Jeder Leser muss selber wissen, ob er sich die Lektüre zumuten will. Wer es aber gelesen hat, wird anders auf das Mittelmeer blicken, mit anderen Gedanken, vielleicht auch mit mehr Verzweiflung über das Schicksal der vielen Mamadous, die ihre Hoffnung auf ein anderes Leben mit dem Tod bezahlen. Bevor diese Menschen, wie Magris schreibt, von der Woge des Vergessens ausgelöscht werden, hat Gabriele del Grande ihnen eine kleine Arche Noah aus Papier geschenkt.

Gabriele del Grande: Mamadous Fahrt in den Tod. Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer. Aus dem Italienischen von Angela Huemer, von Loeper Literaturverlag, Karlsruhe 2008, 221 S., € 14,90.

Hans Peter Bull

Nüchterne Analysen und unsinnige Dramatisierungen

Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat?

»Dramatisierungen, Einseitigkeiten und Verkürzungen« kennzeichnen die aktuelle Debatte über die Sicherheitspolitik. So steht es zutreffend in dem Sammelband, den der Bochumer Professor Stephan Huster und der innenpolitische Sprecher der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion Karsten Rudolph herausgegeben



Hans Peter Bull

(* 1936) war von 1988 bis 1995 Innenminister in Schleswig-Holstein. Bis zu seiner Emeritierung 2002 war er danach Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg.

HP-Bull@t-online.de

haben. Huster und Rudolph wollen es besser machen, aber auch in ihrem Band finden sich in mehreren Beiträgen die üblichen Übertreibungen und Fehleinschätzungen.

Schon in dem Titel *Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat* steckt die fragwürdige inhaltliche Aussage, dass der Staat die rechtsstaatlichen Prinzipien verrate, wenn er sich der Prävention widme. Tatsächlich teilen viele diese Ansicht; sie fürchten, dass der Staat sich zu sehr auf das Ziel konzentrierte, Sicherheit durch umfassende Vorsorge gegen Kriminalität zu gewährleisten. Die These vom »Präventionsstaat« als Gegenpol des Rechtsstaates ist insbesondere von Erhard Denninger verbreitet worden und inzwischen weithin anerkannt. Denninger ist auch bei Huster/Rudolph mit einem Beitrag vertreten, in dem er behauptet, das Sicherheitsideal sei »maß- und grenzenlos« – eine Dramatisierung und letztlich eine Kapitulation vor der gegebenen rechtspolitischen Aufgabe!

Die Herausgeber des Sammelbandes setzen in ihrer Einleitung zwar ein Fragezeichen hinter die im Titel enthaltene These. Aber sie erkennen im gegenwärtigen Zustand Züge eines Präventionsstaates mit geradezu abenteuerlichen Merkmalen. In diesem Staat stellt angeblich »jeder Bürger ein potenzielles Risiko« dar; »gerade die unauffällige Lebensführung« habe bei der Rasterfahndung nach dem 11. September 2001 »einen besonderen Verdacht« erweckt. Überdies sei der Präventionsstaat »tendenziell darauf angelegt, bereits die rechtsfeindliche Gesinnung festzustellen und zu bekämpfen«; dies führe »zu einer rechtsstaatlich problematischen Verlagerung der Sicherheitspolitik in das Vorfeld der Meinungsbildung der Bürger«. Eine total verzerrte Darstellung!

Andere Autoren liefern realistischere Analysen und diskussionswürdige Meinungen. Ulrich Schneckener (*Stiftung Wissenschaft und Politik*) fragt: »Warum lässt sich Terrorismus nicht ›besiegen‹?«. Peter

Schaar, der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, beschreibt den »Rüstungswettkampf in der Informationstechnologie« mitsamt seinen »Kollateralschäden«, und Hans-Jürgen Lange, Professor für Politikwissenschaft und ein hervorragender Kenner der Sicherheitspolitik, behandelt den »Wandel des föderalen Sicherheitsverbundes« und dabei insbesondere die den kontroversen Sichtweisen zugrunde liegenden Unterschiede im Staatsverständnis. Hier wird deutlich, dass eine stimmige Ableitung sicherheitspolitischer Maßnahmen allein aus den Grundpositionen der politischen Parteien kaum möglich ist. Christoph Gusy, Professor in Bielefeld, August Hanning, Staatssekretär im Bundesinnenministerium und früherer BND-Präsident, und Johannes Rux, Privatdozent in Bochum, tragen weitere Informationen und Positionen bei.

Dem Erfurter Staatsrechtslehrer Manfred Baldus (von dem das Eingangszitat stammt) gelingt es, die Dinge zurechtzurücken. Er stellt klar, dass Rechtsstaat und Präventionsstaat eben keine Gegensätze darstellen: Der Rechtsstaat ist auch Präventionsstaat und Sicherheitsstaat, und staatlich organisierte Freiheitssicherung kann (meist) nur durch Freiheitsbeschränkung bewerkstelligt werden. Der abstrakte Streit um »mehr Freiheit« oder »mehr Sicherheit« hat für die Lösung konkreter Probleme nur geringe Bedeutung. In der Regel muss zum Schutz realer Freiheit der einen die gleiche oder eine andere Freiheit anderer eingeschränkt werden. Es geht immer um die richtige Verteilung von Freiheitsrechten, und dazu sind Abwägungsentscheidungen des Gesetzgebers nötig.

Ein Kapitel des Buches bietet Politikern die Plattform für ihre Sichtweise von »Freiheit, Sicherheit und Politik«. Hier äußern sich Wolfgang Bosbach, Ralf Stegner und Burkhard Hirsch, und in dem folgenden Abschnitt setzt Gerhard R. Baum die Reihe der Politiker-Statements fort. Bosbach warnt davor, in dem politischen Streit mit

Verschwörungstheorien zu arbeiten. Aber Hirsch und Baum tun eben dies, indem sie der Gegenseite vorwerfen, sie nutze die Bedrohung durch Terrorismus und organisierte Kriminalität als Vorwand für politisch gewollte Freiheitsbeschränkungen. Baum versteigt sich zu der Behauptung: »Die Menschen werden manipuliert, um einer diffusen Terrorismusangst zu erliegen«. Auch wenn die beiden liberalen Rechts-

politiker darauf verweisen können, dass sie mehrere problematische Neuregelungen durch Verfassungsbeschwerden zu Fall gebracht haben – mit solchen Unterstellungen verabschieden sie sich aus dem seriösen Sicherheitsdiskurs.

Stefan Huster/Karsten Rudolph (Hg.). Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main 2008. 229 S., € 10,00.

Aufklärung, freier Diskurs, Arbeit der Zuspitzung

Das diesjährige Forum der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte war unserem langjährigen Chefredakteur Peter Glotz, dem »Praktiker der Kommunikation« (Wolf Lepenies), gewidmet. Es war eine Würdigung wohl ganz im Sinne dieses »produktiven Unruhegeistes par excellence, immer unterwegs zwischen Politik, Wissenschaft und Publizistik«, wie die Vorsitzende der FES, Anke Fuchs, in ihrer Begrüßung betonte. Einen Tag, bevor Glotz 70 geworden wäre, wurde heftig um »Die Intellektuellen in der Mediendemokratie« gestritten. Wieweit der Typus des literarischen oder sozialwissenschaftlichen Intellektuellen auf dem Rückzug ist und mittlerweile »Alpha-Journalisten« die öffentliche Meinung prägen, wieweit die visuelle und virtuelle Welt Publizistik und Diskurse revolutioniert oder erschwert – dazu debattierten unsere Autorinnen und Autoren (von links nach rechts): Dietmar Herz, Klaus Harpprecht, Tissy Bruns, Thomas Meyer (Moderation), Katajun Amirpur, Eckhard Fuhr.



Stefan Boness

IMPRESSUM

Redaktion NG/FH

Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
T (030) 26935 7151, -52, -53
F (030) 26935 9238
www.ng-fh.de
ng-fh@fes.de

Büro Chefredakteur NG/FH

Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
T (0228) 883 7114, -17
F (0228) 883 9223

Verlag

Verlag J.H.W. Dietz
Nachfolger GmbH
Dreizehnmorgenweg 24
53175 Bonn
T (0228) 238083
F (0228) 234104
www.dietz-verlag.de

Anzeigen

Es gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 32 vom 4.1.2008
Mareike Malzbender
Verlag J.H.W. Dietz
Nachfolger GmbH
mareike.malzbender@
dietz-verlag.de

Gestaltungskonzept

tiff.any GmbH, Berlin

Satz, Lithografie, Druck und Verarbeitung

Limberg Druck GmbH, Kaarst

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Anke Fuchs, Sigmar Gabriel, Klaus Harpprecht,
Jürgen Kocka und Thomas Meyer

Redaktion

Thomas Meyer (Chefredakteur und verantwortlich),
Hanjo Kesting (Kultur), Dirk Kohn (Kritik, Schluss-
redaktion), Barbara Pfeffer (Büro Chefredakteur),
Klaus-Jürgen Scherer (Aktuelles, Thema),
Sonja Thränert (Fotos, Schlussredaktion),
Costa-Mario Kowalewsky (Internet),
Mona Husemöller (Praktikantin)

Redaktionsbeirat

Frank Benseler, Jürgen Burckhardt, Iring Fetscher,
Eckhard Fuhr, Susanne Gaschke, Horst von Gizycki,
Gerhard Hofmann, Richard Meng, Wolfgang Merkel,
Siegmar Mosdorf, Herfried Münkler, Karin Priester,
Evelyn Roll, Hans-Joachim Schabedoth,
Hermann Schwengel, Wolfgang Thierse, Volker Ullrich
und Christoph Zöpel

Bezugsbedingungen

Die NG/FH erscheint monatlich, wobei die Hefte 1+2
und 7+8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen.
Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel
oder den Verlag. Vertrieb: Heidemarie Pankratz
heidemarie.pankratz@dietz-verlag.de
ISSN 0177-6738.
Einzelheft: € 5,50 zzgl. Versand;
Doppelheft: € 10,80 zzgl. Versand;
Jahresabonnement: € 50,60 frei Haus.
Das Abonnement verlängert sich automatisch
um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis
zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12).
In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer
enthalten.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann
keine Gewähr übernommen werden.